

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. A. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstag. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 20. April 1895.

Insertats die vierspaltige Zeile über deren Raum 40 P. Redaktion und Expedition: H. W. G., Weissenstraße 12.

Die Aussichten des Handwerks.

1. Mit ihrem glühenden Athem hat die Maschine die Plünder des Mittelalters vernichtet, hat sie den Stamm des Feudalismus bis in's innerste Mark versengt. — Eine neue Gesellschaft entstand, in der auch neue soziale Kämpfe ihr Spiel begannen: die moderne Technik, die den Abwehrungsprozess in der modernen Gesellschaft angebahnt hatte, ist zugleich auch die Mutter des Proletariates. Mit der Aufreblung des Kleingewerbes entstand eine Klasse in der modernen Gesellschaft, deren Glieder, Heloten gleich, für einige Wenige die Kraft ihrer Arme, die Arbeit ihres Geistes hingeben müssen, um selbst nur mühsam des Lebens Nothdurft stillen zu können.

Nun durch die rapide Entwicklung der Technik der Eisen in's Rollen gekommen ist, empfinden die Besessenen selbst Furcht vor der inneren weiter fortschreitenden Proletarisierung der Massen — die Fluth könnte leicht über ihren Köpfen zusammenschlagen . . . aber so sehr unfer An de sidolo der gährenden Zeit vor 1789 entspricht, das après nous le déluge verstummt selbst auf blaßten Lippen, wenn die ersten Wogen der Sturmfluth heranrauschen . . . Man sucht den Damm zu stiften, über den sich die Wogen des Proletariates ergossen, indem man das klassenbewußte Proletariat zu entmenslichen sucht, indem man es mit kleinlichen Nadelstichen zu ermüden sucht, indem man es mit Keulenschlägen der Umsturzparagrafen zu zerschmettern sucht . . . als ob die Ketten des bekannten Werferkönigs diesem die Herrschaft über das Weltmeer verklehen hätten! — Man sucht, mit etwas tieferer Einsicht allerdings, durch soziale Reformen die Fluth abzulenken — ohne Aussicht auf Erfolg, denn es bleibt die bbe Gleichförmigkeit des Druckes, es bleibt die Zuspitzung der Klassengegensätze, sie steigt vielmehr noch — und damit bleibt unverstopft der Urquell des proletarischen Klassenbewußtseins. Man sucht schließlich den Nachwuchs des Proletariates zu verhindern durch Bemühungen das Kleingewerbe zu heben . . . und die Kleinmeister selbst, die sich verweigert gegen das Aufgeben der eigenen Selbstständigkeit sträuben, um nicht zu bloßen Lohnarbeitern herabgedrückt zu werden, greifen gierig nach diesem Strohhalme. Aber das tragische Pathos, das auf den Handwerfertagen vorherrscht, das gelegentlich sogar in der offenen Drohung ausklingt, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, gewinnt doch einen komischen Beigeschmack, wenn man einen Blick in das Utopien des Handwerkerstandes hineinwirft. Wiederbelebung der Zunftordnungen, Aufhebung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, Schanz vor unläuterem Wettbewerb das sind die Mittel: die Regelung der Produktion auf mittelalterlicher Stufenleiter, das ist das Ziel. Wäre das Ziel erreichbar — die vorwärts drängende wirtschaftliche Entwicklung kennt freilich

kein Zurück — so wäre damit vielleicht eine Eindämmung des Handwerker-Elendes erreicht, — vielleicht! — sicher aber wäre damit die Vernichtung der kulturellen Entwicklung von Jahrhunderten verknüpft.

Aber es ist aussichtslos, das staubige Spinnwebgewebe in den Zunftstuben und den Köpfen der Handwerksmeister, das noch kein Hauch modernen Geistes berührt hat, durch die Logik der Thatsachen widerlegen zu wollen.

Weit mehr Beachtung verdienen dagegen die Versuche jener, die den brüchigen Andern des Handwerkes das Blut des modernen Fortschrittes einspritzen wollen, um das ehrsame Handwerk zu neuem Leben zu wecken.

„Die Dampfmaschine hat das Handwerk vernichtet“, meinen jene, „wir wollen es retten mit der Dampfmaschine, mit dem kleinen Motor.“ Hervorragende Techniker, bürgerliche Nationalökonomien von Ruf und vor allem die große Schaar von bürgerlichen Zeitungschreibern sind es, die dieses Heilmittel erfunden haben, die die Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes von der Schaffung einer billig arbeitenden Kraftmaschine abhängig machen — aber wunderbarer Weise findet sich kein Handwerker in diesem Chor. — Sollte das nicht allein schon stutzig machen?

Wer die Geschichte des modernen Kapitalismus und der modernen Großindustrie kennt, für den bedarf es keiner langen Beweisführung, daß die Wunder, die von dem Kleinmotor erhofft werden, auf einer völligen Verkennung der Rolle aufgebaut sind, die der Motor in der Produktion spielt. Ganz abgesehen von der kapitalistischen Ueberlegenheit des Großbetriebes vor dem Kleinbetriebe, die dem Großbetriebe gestattet, sich mit einer sehr kleinen Profitrate zu begnügen, während der Kleinunternehmer zur Erzielung einer auch nur halbwegs nennenswerthen Profitrate mit einem sehr großen Relativprofit zu arbeiten gezwungen ist, brückt auch schon die technische Ueberlegenheit des Großunternehmers den Kleinindustriellen zu Boden. In dem Manufakturbetriebe prägt sich die technische Ueberlegenheit in der Anwendung zahlreicher Theilarbeiten aus, in dem Fabrikbetriebe aber in der Anwendung eines ganzen Systems von Arbeitsmaschinen.

Natürlich sind in den meisten Fällen diese Arbeitsmaschinen ohne entsprechenden Motor so gut wie werthlos. Macht man dem Kleinmeister dann den denkbar billigsten Kleinmotor zugänglich, so ermöglicht man es ihm die eine oder die andere Formänderungsmaschine zu betreiben, aber noch lange nicht ein ganzes System organisch zusammenarbeitender Werkzeugmaschinen, zu deren Anschaffung selbst wieder Kleinkapitalien gehören.

In dieser Hinsicht stehen sich Gasmotor, Dampfmaschine und Elektromotor ziemlich gleichwerthig gegenüber; die kleinen Differenzen in der Verzinsung, Amortisation und den Betriebskosten

treten in ihrer Wirkung, gegenüber den anderen ökonomischen und technischen Faktoren vollständig zurück.

Soweit eine Statistik der Kleinmotoren vorliegt, ergibt sich aus ihr in der That, daß von dem billigsten und vergleichsweise auch bestem Kleinmotor der Gegenwart, von dem Gasmotor, das Kleingewerbe höchstens ein Drittel aller Motoren in Anspruch nimmt; und daß in den Kleinbetrieben, in denen Kraftmaschinen zur Anwendung kommen, die Motoren in nur sehr bescheidenem Umfange ausgenutzt werden. Setzt man die normale Arbeitszeit pro Jahr nämlich auf rund 8000 Stunden an, so ergibt sich aus der Gasmotorenstatistik, daß diese Betriebsziffer nur in Ausnahmefällen erreicht wird; daß es dagegen aber Schloffereien gibt, die den Gasmotor nur 80 Stunden im Jahre ausnützen, andere ihn etwa 600—800 Stunden im Betriebe haben. Für Tischereien ergibt sich eine durchschnittliche Betriebsdauer von 680 Stunden. — Nur da, wo bestimmte Hausindustrien gepflegt werden, z. B. Webererei, Sildererei, Strickererei zc., zeigen die Motoren eine höhere Beanspruchung.

Ganz analog liegen die Verhältnisse bei der Anwendung des Elektromotors, von dem man sich Wunderdinge für die Hebung des Handwerkes verspricht.

Das Kleingewerbe hat aber von den ihm bereits zur Verfügung stehenden Kleinmotoren nur einen äußerst bescheidenen Gebrauch gemacht, und zwar einfach deshalb nicht, weil es im Allgemeinen keine Werkzeugmaschinen besitzt, für die ein Motor unumgänglich notwendig ist, und dort wo es diese Umformmaschinen besitzt, sie nur zeitweilig im Betriebe halten kann.

Wird ein Handwerksmeister vor die Alternative gestellt, sich einen Motor oder eine bezw. einige Werkzeugmaschinen bezulegen, so wird er mit Sicherheit den Motor fahren lassen und die Werkzeugmaschine wählen, die er eventuell durch Hand oder Fußbetrieb schlecht und recht im Gange hält.

Die Anschaffung der Werkzeugmaschine ist allerdings auch nur eine Zusage für den Kleinhandwerker, denn eine einzelne Bohrmaschine, Dreh- und Drückbank, Fräsemaschine, Dütenklebmaschine, Vergoldpresse zc. zc. macht ihn noch lange nicht konkurrenzfähig mit dem fabrikmäßigen Betriebe. Man sehe sich nur einmal in einem Großbetriebe um, wo die meisten Arbeiten automatisirt sind, wo eine Maschine immer für die andere vorarbeitet, wo ein ganzes System von einzelnen Maschinen inuig ineinandergreift, und man wird rasch die Ueberzeugung gewinnen, daß eine einzelne Arbeitsmaschine dem Handwerker nur den Raum in der Werkstätte beengt ohne ihm viel zu nützen. Es ist sehr interessant, daraufhin die einzelnen Industrien zu untersuchen; wir wollen uns aber hier auf einen Gewerbezweig beschränken, in dem anscheinend noch das Handwerk

einen goldenen Boden hat: das Klempner- (Spengler-)Gewerbe.

Es ist bekannt, daß auch hier bereits eine weitgehende Spezialisierung eingetreten ist. Die Lampenindustrie hat sich völlig isolirt, große Fabriken beschränken sich allein auf die Fabrikation von Konservendbüchsen, andere auf die Fabrikation von Ofenröhren, wieder andere auf die Herstellung von Haus- und Küchengeräthen aus Blech.

Der Klempner ist heute fast ausschließlich auf Dachbedarben und Reparaturen angewiesen, und nur im Winter produziren die Kleinmeister, meist in der denkbar primitivsten Weise Waaren für den Laden.

Soll aber eine Spengler-Werkstätte im Stande sein, jede vorkommende Arbeit mit der von der modernen Technik ermittelten Schnelligkeit und Präzision zu leisten, so braucht sie eine ganze Reihe von Werkzeugmaschinen. Ich will nun für einen Betrieb mittlerer Größe festzustellen suchen, welche Anschaffungen für ihn — außer den gewöhnlichen Klempner-Utensilien — notwendig sind, damit er nicht auf den Ankauf aus der Fabrik angewiesen sei. Er braucht notwendig folgende Maschinen und Apparate:

- 1) Eine Tafel-Schere, komplett für . . . 200
- 2) Eine kräftige Blechschere, die Eisenblech von 6 mm schneidet, komplett . . . 110
- 3) Eine Ovalschere, auch als Kreis-Schere verwendbar, komplett . . . 150
- 4) Eine Sicken-, Wörbel- und Drahteinlegemasch., kpl. 55
- 5) Eine Universal-Abkant-Falz-Umschlag-Mund- u. Wulstmaschine, komplett . . . 220
- 6) Eine Universal-Interferenzmaschine, komplett . . . 650
- 7) Eine Rohrfalzzugdrückm., komplett . . . 120
- 8) Eine Dreh- u. Drückbank für einfachere Arbeiten, kpl. 355
- 9) Eine Ständerbohrm. für Löcher bis 18 mm, kpl. 50
- 10) Eine Lochstanze für Löcher bis 10 mm, komplett . . 50
- 11) Ein Rinneneisenbieger, k. 30
- 12) Eine einarmige Presse, k. 100

Zusammen: Mk 2100

Es wird Niemand behaupten wollen, daß eine Werkstätte, die mit den angeführten Maschinen ausgerüstet ist, schon in der Lage sei, allen Ansprüchen, die auf rasches, promptes Arbeiten in der Gegenwart gestellt werden, zu genügen, für die sehr erhebliche Kapitalanlage von rund 2100 „ hat er eben nur die beim Stande der modernen Technik für gewöhnliche Bau- und Ladenarbeiten notwendigsten Maschinen, die ihn bis zu einem gewissen Grade von der Fabrik unabhängig machen. Aber ist der gute Mann mit Aufträgen nicht geradezu überschüttet, so werden die einzelnen Maschinen doch nur gelegentlich ver-

wandt werden können, sie verglissen sich aber nur sehr niedrig und ehe sie amortisiert sein können, hat der Großbetrieb längst vollkommenere Maschinen angeschafft.

Genau so wie bei dem Kleinmeister, der sich durch die Anschaffung eines Saiges Maschinen konkurrenzfähig mit dem Großbetriebe machen wollte, aber dadurch nur um so tiefer in die Misere hineinkam, geht es in jedem anderen Gewerbe, bei denen ein ganzes System von Arbeitsmaschinen notwendig ist, um in rationaler Weise zu produzieren.

Aber doch ist bei einzelnen Industriezweigen, bei solchen nämlich, bei denen eine beschränkte Anzahl von Arbeitsmaschinen den Rohstoff in ein fertiges Produkt verwandelt, eine Dezentralisation der Produktion möglich. Diese Industriezweige erfahren dann auch durch die Einfügung motorischer Kraft in den Produktionsprozess eine wesentliche Steigerung in der Produktivität der Arbeit. Freilich ist auch hier der einzelne Gewerbetreibende nicht im Stande, die Rolle des selbständigen Meisters aufrecht zu erhalten. Ihm tritt der Unternehmer in der Rolle des Verlegers gegenüber, der ihm Rohstoffe liefert und die fertigen Waaren abkauft. Der „selbständige Meister“ wird zum Hausindustriellen, der in eine schlimmere Abhängigkeit vom Kapital hineintritt als der Lohnarbeiter der Fabrik. Eine derartige Dezentralisation der Industrie sehen wir denn auch in der That mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus sich einstellen, immer mehr wird Hausindustrie zum äußeren Departement der Fabrik.

Aber anstatt daß die Maschine und der Motor, indem sie die Leistungsfähigkeit des Kleinindustriellen steigern, diesen befähigen, eine selbständigere Stellung einzunehmen, wird vielmehr die Maschine und der Motor nur zu einer neuen und brüskenden Fessel für die Kleinmeister. Die Abzahlungsrate, die der Kleinmeister für den Produktionsapparat zu zahlen hat, gibt ihn ganz in die Hände des Kapitals, und während der Fabrikarbeiter sich von seiner Wertproduktion nur den Mehrerwerb abziehen zu lassen braucht, die Abzahlungsquote der Maschinen und Werkzeuge, die Abgänge an Rohstoffen aber auf den Waarenpreis geschlagen werden, muß der Hausindustrielle sich noch den weiteren Abzug der Amortisationsquote der Maschinen gefallen lassen. Auf Kosten des eigentlichen Produzenten, der als Hausindustrieller auf die tiefste Stufe in der sozialen Hierarchie herabgesunken ist, werden die Waaren für den Konsumenten entsprechend billiger, der Verdienst des Unternehmers entsprechend größer. Kein Wunder deshalb, daß das Kapital gierig nach Ausdehnung der Hausindustrie lechzt, wobei noch die Würden der sozialen Gesetzgebung in Wegfall kommen, und daß die Entwicklung der Technik, weit davon entfernt, dem Kleinmeister durch die Möglichkeit der Dezentralisation zu helfen, nur dazu dient, um dem selbständigen Handwerk vollständig den Garaus zu machen.

Zur Lage der elektrotechnischen Industrie 1894.*)

I.
Im Dezember 1894 hatte die Redaktion der „Elektrotechn. Zeitschrift“ Berlin, (Organ des Verbandes deutscher Elektrotechniker) eine Enquete veranstaltet, „um ein Bild der Thätigkeit und Fortschritte der deutschen elektrotechnischen Industrie im Jahre 1894 zu gewinnen“, und sich zu diesem Zwecke an eine Anzahl elektrotechnischer Firmen mit der Bitte um Mittheilungen gewandt, welche

- 1) eine in allgemeinen Umrissen gehaltene Darstellung der Thätigkeit der Firmen, womöglich mit Angabe etwa während des Jahres eingegeführter Neuerungen;
- 2) Meinungsäußerungen über die Lage und Zukunft der deutschen Elektrotechnik im Allgemeinen

enthalten sollten, und, nur mit den nothwendigsten reaktionellen Änderungen versehen, veröffentlicht wurden.

So anerkannterwerth das Bestreben, solche Jahresberichte zu veröffentlichen, ist, so muß doch der Weg als ein vollständig verfehlter bezeichnet werden, da eine solche Privatenquête stets ein lückenhaftes und daher werthloses Material zu Tage fördert, und höchstens einen Werth gewinnt, wenn sowohl die Fragestellung als auch die Bearbeitung in geschulten Händen liegt, sodas dadurch Mängel und Unklarheiten vermieden, bezw. beseitigt werden könnten. Das ist aber hier in keiner Weise berücksichtigt. Die erbetenen Mittheilungen sind so allgemein charakterisiert, daß sie über die thätigkeitsmäßige Geschäftslage nur geringen Aufschluß geben, dahingegen von der Mehrzahl der Firmen, wie zu erwarten, zu wohlfeiler geschäftlicher Klame benutzt worden sind, indem jede die Vorzüge und Erfolge ihrer speziellen Fabrikate hervorhob, die Konkurrenzbestrebungen als unvollständig und unklar bezeichnete und natürlich etwaige Mißerfolge wohlweislich verschleierte. Nur wenige der bis jetzt veröffentlichten 22 Firmenberichte sind der prunkenden Selbstreklame, die die Enquete durchaus entwerthet, ausgewichen, aber selbst die objektivsten Berichte bringen nicht das mindeste Zahlenmaterial über Umsatz, Export, Produktionschwankungen etc. Einzelne Berichte führen die ungefähre Arbeiterzahl an, aber auch hier nur die größeren, die mit solcher Angabe renommieren können, während die kleineren Firmen sich über diesen wichtigen Punkt ausschweigen. Und nun gar erst die Meinungsäußerungen über die Lage und Zukunft der deutschen Elektrotechnik, deren Befragung eigentlich gänzlich überflüssig war, deren Feststellung lediglich den Arbeitern des eingelaufenen Materials hätte zufallen müssen. Es war doch voranzusehen, daß diese Meinungsäußerungen durch den Mangel des persönlichen, bezw. geschäftlichen Vortheils beschränkt, wenig Klarheit und noch weniger Wahrheit bringen würden, sondern höchstens eine Anzahl Stimmungsbilderchen zu Tage fördern konnten, deren Kolorit den verschiedensten Interessenstandpunkten entspricht und die grellsten Farbengegenätze aufweist. Denn des Einen Glück ist des Anderen Untergang, und dieselbe Lage der Industrie, die Ersterer rosig malt, schildert der Andere schwarz. Und da die Meinungsäußerung der Großen, die in Folge ihrer höheren Stellung eine weitere Uebersicht haben, die wichtigste bleibt, so ist Alles rosig, Alles hoffnungsvoll und glückverheißend, und die paar schwarzen Striche der kleineren bilden den wirkungsvollen Hintergrund dieses Zaubers.

Wenn wir trotzdem diese Enquete einer eingehenden Würdigung unterziehen, so veranlaßt uns hierzu der gegenwärtige Mangel von Untersuchungen in dieser Industrie, der auch bei der Gründung des Verbandes deutscher Elektrotechniker allgemein anerkannt und in dem Statut des letzteren berücksichtigt wurde. Seit dem 2/zährigen Bestehen genannten Verbandes ist noch kein Versuch gemacht worden, diesen Mangel auszufüllen, und wenn diese vernünftige Enquete der „E. Z.“ einen solchen Versuch darstellen sollte, so wäre das ein sehr schlechtes Renommée für einen Industriellen-Verband, der sich der thätigsten Unterstützung der offiziellen Wissenschaft erfreut und seinen Generalsekretär mit der horrenden Summe von 20,000 M. aus-

stattet, denn es ist einleuchtend, daß man von einer solchen Korporation ganz andere Leistungen erwartet. Da es sich jedoch zweifellos um eine Privatenquête handelt, so bleibe der Vorwurf auf der „E. Z.“ liegen, durch solche oberflächliche Kenntnissachen den späteren Aufnahmen des Verbandes vorgegriffen und dessen Ansehen geschädigt zu haben, obgleich es als Verbandsorgan der größten Zurückhaltung sich befleißigen mußte. Doch, wenn die deutschen Elektrotechniker mit solchen Leistungen befriedigt sind, so mag's uns recht sein. Unsere Kritik würde dadurch nur um so inhaltschwerer.

Wie voranzusehen war, konnten die Veröffentlichungen nur wenig Neues bringen. Sehr richtig bemerkt hierzu Ing. Grünwaldt: „Die elektrotechnische Industrie bildet im Großen und Ganzen eben nur ein Spiegelbild der allgemeinen geschäftlichen Lage der Gesamtindustrie, nur mit dem allerdings erfreulichen Unterschied, daß die großen Firmen stärker und gewinnbringender als diejenigen in vielen anderen Industriezweigen beschäftigt sind. Im Uebrigen wiederholen sich die schon so oft gehörten und berechtigten Klagen über gedrückte Preise, unvollständige Konkurrenz und die so dringend erforderliche Reform des Submissionswesens.“

Inwiefern jedoch diese Klagen über unvollständige Konkurrenz berechtigt sind, ist in den vielen Stimmungsbildern und Klameberichten nicht im Mindesten nachgewiesen, obwohl der vielbeklagte Preisdruck auf einzelnen Gebieten erkennbar ist. Unter voriger Bezeichnung versteht jede Firma denjenigen Wettbewerb, der mit gleichen oder ähnlichen Fabrikaten bei billigerem Preisangebot auf dem Markte erscheint, und somit bessere Chancen auf Bestellungen hat. Daß aber billigere Fabrikate auch durch Einfachheit der Konstruktion, durch Massenproduktion und durch Sparsamkeit an Patent- und Lizenzgebühren u. s. w. ermöglicht werden, wird dabei nicht berücksichtigt. Oder glaubt etwa jede elektrotechnische Firma, die einen Artikel in ihrer Spezialkonstruktion auf dem Markte bringt, daß sie sich der allgemeinen Preisbildung entziehen könne? Oder sollen gar etwaige Patente ein Recht auf Monopolpreise geben?

Wenn je von einer Industrie das Patentrecht ausgenutzt worden ist, so geschah dies bisher von der elektrotechnischen Industrie; jede geringste Neuerung, jede Spezialkonstruktion, ja, jeder Theil einer solchen wurde patentrechtlich geschützt, um die Konkurrenz lahm zu legen und alle Vorteile der oft nur ganz zufälligen Priorität einzubehalten. Und in welcher rigorosen Weise solche Patentrechte oft geltend gemacht wurden, beweisen die Akkumulatoren- und Dochtlohlen-Patentprozesse, bei welchen der Buchstabe der Patenterkunde in jeder Weise gedehnt wurde, um die unliebsame Konkurrenz zu unterdrücken. Wenngleich durch Patentrecht der Erfinder in seinem geistigen Eigenthum geschützt werden soll, so darf doch damit nicht jeder weitere Fortschritt, der auch in Vereinfachungen und Verbesserungen nicht zu verkennen ist, unterdrückt werden und am Allerwenigsten darf ein Patent ein großkapitalistisches Monopol bilden, um Geldheuten, die an der Erfindung nicht im Mindesten theilhaftig sind, die Taschen zu füllen. So sehr gesetzliche Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb am Plage sein mögen, die übrigens zum Theil schon im Patentgesetz, sowie in den Gesetzen, betreffen Gebrauchsmuster- und Markenschutz seit Jahren vorhanden sind, und in dem dem Reichstage zur Zeit vorliegenden Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb (§§ 6-8) vorgesehen wurden, so sehr vermissen wir gesetzliche Bestimmungen gegen unlautere Monopolgelisten und dahin gerichtete Manipulationen, und unter den erforderlichen gewerblichen

Reformen ist die Einschränkung des kapitalistischen Ausbeutungsrechts nicht die geringste. Nicht aus Rücksicht auf die kleinen Produzenten, die keine Bizegen bezahlen können, noch weniger aus freihändlerischen Motiven kommen wir zu dieser Erkenntnis, sondern im Interesse eines gebührenden, allgemeinen Fortschrittes der Produktionsentwicklung. Das Großkapital wird nach wie vor seine Herrschaft ausdehnen und die kleinen Produzenten unterdrücken; gegen diese ökonomische Entwicklung helfen keine Schranken.

Aber die technische Entwicklung soll ungehindert sein; das Gute, das Bessere soll emporkommen, auch wenn Buchstabenprivilegien und Konkurrenzinteressen seinen Weg abzuschneiden drohen. Wie weit diese künstliche Erstarung und Versteinerung das öffentliche Leben schädigen kann, geht zur Genüge aus den Betrieben der Postregale (Post, Telegraphie und Telephonie) hervor, und dabei kommt doch nur die Verbreitung und Praxis in Betracht, während bei den modernen Industriemonopolen der Produktionsfortschritt gehemmt wird.

Wenn, wie der Akkumulatoren-Patentstreit erhellt, eine deutsche Firma, die weder Erfinderin noch Besitzerin des betr. Patentbesitzes ist, noch selbst den eigentlichen Patentgegenstand herstellt oder verbreitet, sondern lediglich Lizenzträgerin einer ausländischen Aktiengesellschaft ist (die das Patent selbst erst von einem zweiten Ausländer erworben) und ihr Lizenzrecht nicht zur Herstellung, sondern zur Verhinderung anderer Herstellungsmethoden benutzt, ein ganzes Jahrzehnt lang die technische Vervollkommnung und praktische Ausübung einer bedeutungsvollen Erfindung hindern kann, so sind gesetzliche Mißstände vorhanden, die beseitigt werden müssen. Wird doch selbst von einem Verdicke zugegeben, daß die steigende (verbessernde?) Konkurrenz und die wachsenden Forderungen der Besteller es mit sich bringen, daß stets Neuerungen und Verbesserungen in solchem Umfange vorliegen, daß dieselben kaum nach allen Richtungen hin genügend verfolgt und durchgearbeitet werden können. Was heißt dies anders, als daß die technische, steigende Entwicklung unter allgemeiner Theilnehmung fruchtbarer ist, als die Arbeit des Einzelnen, und namentlich den Monopolgelüsten solcher Elemente, die ihr glücklich unter Fach gebrachtes Patent in aller Seelenruhe auszubeuten gedenken, rasch über den Kopf wächst?

Und wie entstehen denn die meisten Patente? Die einen auf Grund von Neuerungen, Verbesserungen oder auch Erfindungen, deren Vorarbeiten im Schooße der Gesellschaft oder gar vergangener Generationen entwickelt wurden, deren Hauptbestand also schon allgemeines Gut war, und dem glücklichen Konstrukteur den Lohn einträgt, der dem dunklen Erfinder versagt blieb.

Erst die allgemeine Mitarbeit macht den Gegenstand gebrauchsfähig und werthvoll, und nun wird die verbliebene Patenterkunde hervorgeholt, betr. den ursprünglichen Gegenstand, den kein Mensch gebrauchen kann, um dann zu beweisen, daß alle die verbesserten Konstruktionen unter jenen Patentanspruch fallen, und demgemäß nutzlos sind. Ja, die Patenterkunde, die anfänglich werthlos war und längst durch den allgemeinen Fortschritt überflüssig ist, wird in Folge ihrer zufälligen Fassung, die diesen Fortschritt nutzlos macht, für Millionen gekauft und verkauft, nicht, um den patentirten Gegenstand zu fabrizieren, sondern um das Monopol zu sichern oder den Tribut zu erzwingen. Das ist nicht mehr der ideale Schutz des geistigen Eigenthums, das ist das kapitalistische Monopol der Ausbeutung fremder geistiger Arbeit, die Ausbeutung des gesammten Fortschrittes der

* Diese Artikel sind bereits vor einiger Zeit verfaßt, wegen Stoffandrang aber immer wieder zurückgelegt worden.

*) E. Z. 1895 Nr. 3, S. 37.

Kulturnationen. Hiernach bemerkt sich der Werth des Geschlechts über die unlauntere Konkurrenz. Alles kapitalistische Privatinteressen, die sich rücksichtslos über den Gesamtfortschritt hinwegsetzen!

Nicht anders steht es mit den „berechtigten“ Klagen über den Preisdruck. Wie derselbe zu Stande kommt, mögen folgende, den einzelnen Berichten entnommene Proben zeigen: „Für alle diese Ausführungen . . . wurden mit der Inbetriebsetzung der neuen Fabrik Spezial-einrichtungen in Verwendung genommen, welche die Güte und besonders den Preis der Fabrikate in hohem Maße günstig beeinflussten.“*)

Trotzdem versäumt dieser Bericht nicht, mit folgender Kapuzinerpredigt zu schließen: „Es ist unter diesen Umständen als besonders beklagenswerth zu bezeichnen, daß trotz dieser Sachlage ein rapides Fallen der Preise elektrotechnischer Erzeugnisse zu verzeichnen ist. Dringend wünschenswerth dürfte es sein, daß in elektrotechnischen Kreisen die Schwere dieser Konsequenzen ernewert wird, die darin zu finden ist, daß die Preise unter ein gewisses Maß heruntergedrückt werden, weil auf diese Weise die Güte des Fabrikats in Frage gestellt wird und so der ganze Ruf der elektrotechnischen Industrie in's Wanken kommen kann.“**)

Ein anderer Bericht meldet bezüglich eines neu eingeführten Stabils mit Patentpapier und Luftisolation als Vorzüge dieses Produktes: „geringere Kapazität, verminderte Induktionsstörungen, bessere Saitwirkung, Unempfindlichkeit gegen Wärmeinflüsse, kleinste Spannungsbeanspruchung, billiger Preis.“***)

Ob den anderen Stabilsfabriken der billige Preis auch als Vorzug erscheint?

Ein anderer Bericht: „Danke der Unterstützung der Reichspostverwaltung durch Uebertragung umfangreicher Lieferungen, sowie Lieferungen für andere Behörden, ist es der Aktiengesellschaft . . . möglich gewesen, neben der billigen Erzeugung durch eine rationelle Massenfabrikation auch die Herstellung exakter Konstruktionen zu kultivieren, und dadurch den Ruf der Firma zu erweitern.“ Nicht selb ist hier die Gegenüberstellung exakter Konstruktionen der billigen Massenfabrikation, wodurch sich die Gesamtproduktion der Firma in zwei Theile theilt — in exakte und in nichtexakte Konstruktionen. Auch dieser Bericht klagt über die unlauntere Konkurrenz.

Ein weiterer Bericht einer Spezialfabrik für Meß- und Schalt- sowie Regulatorapparate kleidet Ursache und Wirkung des Preisdrucks in folgende Worte. „Die Preisbildung auf dem von der Firma als Spezialität gepflegten Gebiete zwingt den Fabrikanten zur intensivsten Ausbildung der Verbilligung der Arbeitsmethoden unter Benützung aller diesbezüglichen Erfahrungen, und es entspricht der dann bei Lieferung eines guten Fabrikats gewonnene, sehr bescheidene Nutzen kaum zu der dem Unternehmer zur Erhaltung seiner Position notwendigen Summe von theoretischen Kenntnissen und praktischen Erfahrungen und dem zur Investierung eines verhältnismäßig bedeutenden Kapitals aufgenommene Risiko.“†)

Interessant in dieser Hinsicht ist auch eine Aeußerung im Berichte eines größeren Kupferwerks: „. . . Hier in Deutschland werden immense Anforderungen gestellt in Bezug auf die verschiedenartigsten Maße und Formen, in welchen das Material vom Fabrikanten verlangt wird, und man sollte hier wirklich, so wenig empfehlenswerth es auch sonst ist, etwas amerikanisch, d. h. schablonenmäßig werden; das würde nicht nur die Herstellung des Leitungsmaterials, sondern auch die Ausführung der Maschinen und übrigen

Apparate wesentlich vereinfachen und erleichtern.“††)

In den angeführten Stellen zeigen sich die Ursachen des Preisdrucks, bezw. seine Verschärfung in der verschiedensten Weise. Er folgt im Allgemeinen der gewöhnlichen kapitalistischen Tendenz bei Massenproduktion. Artikel, wie Glühlampen, Fassungen und Zubehör, Bleisicherungen, Schalter, Regulatoren, elektrische Lichtwerke und Zubehör, Elemente, Telephone u. s. w., die zu Zehntausenden verbraucht werden, müssen der Massenproduktion verfallen, und da nützen gegen Konkurrenz und Preisdruck alle Patente nichts, weil stets Wege gefunden werden, geschulte Fabrikationsmethoden oder Konstruktionen zu umgehen, sobald sich das Geschäft lohnt. Nicht viel anders ist es mit der übrigen Produktion. Trotzdem hier gute Arbeit verlangt und gut bezahlt wird, kann sich die Preisbildung dem Marktangebot selten entziehen, und der Weg der öffentlichen Ausschreibung solcher Lieferungen (auch Errichtung ganzer Elektrizitätswerke) ist das bekannte Mittel großer Konsumenten, den Preis herabzudrücken. Der nationale, sogar der internationale Markt wird in Bewegung gesetzt, um das günstigste Angebot herauszufinden, und die Vergabung der Frankfurter Zentrale an eine schweizerische Firma ist noch in aller Gedächtnis.

Wir wissen daher nicht, wie Herr Grünwald im „Gl. Anz.“*) zu der sonderbaren Auffassung kommt: „Der in anderen Industrien sonst mächtige Einfluß des Weltmarktes sei glücklicher Weise in Bezug auf die deutsche elektrotechnische Industrie noch nicht fühlbar gewesen.“ Oder will die internationale Konkurrenz auf dem Glühlampenmarkt, die schließlich zur Bildung eines internationalen Glühlampenartikels führte, nichts besagen? Und wie steht es auf dem Gebiete des Bahnwesens, wo eine der größten Kapitalgesellschaften in Verbindung mit einer zur Verbreitung eines ausländischen Systems gegründeten Unternehmung gegenwärtig die rentabelsten Linien zur Ausfüllung und zum Betrieb übernimmt? Die Produktion ist allerdings nach Deutschland verlegt, um Spesen und Zölle zu vermeiden, aber der Wettbewerb des ausländischen Systems besteht, und da die Besitzer desselben zu Gunsten ihrer Lizenzträger vom deutschen Wettbewerb zurücktreten, so handelt es sich nur um eine Vertretung der ausländischen Konkurrenz, die sich für den Verzicht auf den Produktionsgewinn, der ihr durch die Fabrikation in Deutschland entgeht, anständig bezahlen läßt.

Es sind also die überall in der kapitalistischen Produktion bekannten Ursachen, die den „vielbeklagten“, in Manchem aber auch erfreulichen Preisdruck herbeiführten, und wenn eine Reihe von Fabrikanten, angespornt durch einen raschen Aufschwung in der Elektrotechnik, für diese Industrie Ausnahmestände eines ewigen Frühlings herbeiführen, so erklärt sich dies aus ihrem beschränkten wirtschaftlichen Gesichtskreis, der das hervorragendste Merkmal der ganzen Enquete darstellt. Auch die elektrotechnische Industrie theilt das Schicksal ihrer Schwestern. Darüber kann der kurze Aufschwung nicht hinwegtäuschen.

Ueber das gewerbliche Bildungswesen in der Schweiz

Der Niedergang des Handwerks ist auch in der Schweiz eine allgemein zugegebene Thatsache, für die man die verschiedensten Erklärungsgründe und Heilmittelchen zur Hand hat. Bald wird die Schule zum alleinigen Sündenbock gestempelt, bald den Handwerkern die

Schuld angebürdet, daß ihrem Stand der vielgerühmte goldene Boden unter den Füßen schlünde, bald sollen welche zusammen ihr Gewissen mit dieser Last belastet haben. Entsprechend diesen und ähnlichen Erklärungsversuchen, die dem in der wirtschaftlichen Entwicklung begründeten Untergang des Handwerks nicht in's Auge zu schauen wagen, sind auch die vorgeschlagenen Heilmittel, die sich alle an der Peripherie bewegen und denen bloß momentane Bedeutung und lokale Heilkraft zukommt.

Weil die Volksschule auf manche Kenntnisse und Fertigkeiten, die für die Arbeiter, die Handwerker, die sogenannten kleinen Leute von unmittelbarem Werthe wären, wenig und oft gar nicht Bedacht nimmt und durch Verfrühung und Häufung des realistischen Bildungstoffs die Schulfugend von der lebendigen manuellen Fertigkeiten und dem Geschmac an denselben entzweien soll, möchte man die Elementarbildung durch den Handarbeitsunterricht auf eine bessere Bahn leiten, um dadurch die allgemeine Achtung vor dem Handwerk zu erhöhen und die große Zahl derer zu vernünftigen, die sich den freien Berufsarten zuwenden. Dieser Schlachtruf fand freudigen Widerhall. Die Privatthätigkeit und die organisierte Gemeinnützigkeit nahmen diesen neuen Unterrichtszweig unter ihre Fittige. Gemeinden, Kantone und Bund kommen mit moralischer und finanzieller Unterstützung zu Hilfe und bald erfreute sich der Handarbeitsunterricht einer gewissen Popularität. Zur Veranbahnung von Lehrkräften wurden in verschiedenen Städten Kurse abgehalten, die sich lebhafter Theilnahme seitens der Lehrerschaft erfreuten. Bereits ertheilten 259 Lehrkräfte etwa 7000 Schülern Unterricht in der Handarbeit und existiren 35 Anstalten, an welchen der Handarbeitsunterricht in den Gesamtschulplänen aufgenommen wurde, neben 49 Handarbeitschulen oder -Kursen. Es sind somit etwa 3 Prozent der schweizerischen Primar- und Sekundarschüler, welche sich dieses neuen Unterrichtszweigs erfreuen und bildet der jährlich hierfür aufwendete Betrag von ca. 65,000 Franken ungefähr den vierhundertsten Theil von dem Aufwand der Kantone und Gemeinden für die Primar- und Sekundarschulen. Denn die Ausgaben der Schweiz für das Unterrichtswesen dürfen sich getrost sehen lassen, obwohl auch hierin in gewissen Kantonen noch unendlich mehr geleistet werden sollte. Betrag ja der Aufwand der Gemeinden und Kantone für das gesamte Unterrichtswesen im Jahre 1893 37,495,517 Franken, was auf den einzelnen Einwohner eine Ausgabe von 12,9 Franken ergibt. Allerdings blieben 16 Kantone wesentlich hinter diesem Durchschnitt zurück und sind noch fünf Söhne der Mutter Helvetia, die dem Bildungsbedürfnis mit einer jährlichen Ausgabe von nicht einmal 5 Franken per Einwohner genügen zu können glauben.

Doch bevor der erwähnte neue Unterrichtszweig sich weiterer Einführung erfreut, denn mit Ausnahme etlicher Kantone der Westschweiz hat sich derselbe bloß in einigen größeren Städten und Orten eingebürgert, ruft man schon wieder nach einem neuen Heilmittel. Es soll neben der Sekundarschule, als einer gehobenen Volksschule, eine der allgemeinen Handwerkerchule Oesterreichs analog gehobene Volksschulabtheilung für diejenigen geschaffen werden, deren Ziel der Handarbeitswerb ist und die vieles von dem nicht wollen oder nicht ausüben können, was die Sekundarschule bietet, und die doch mehr wollen, als die Ergänzungsschule darbietet. Allerdings ist das ein neues Loth in den demokratischen Gedanken, der Jugend aller Volksklassen die allgemeine Bildung möglichst lange gleichmäßig und gemein-

schaftlich zu Theil werden zu lassen. Allein die Quanzürückung dieses Ziels hat nicht bloß eine pädagogische, sondern auch eine soziale Grenze, die für angedehnte Volksschichten durch die Nothwendigkeit bezeichnet ist, ihre Jugend mit erlangter Erwerbsfähigkeit auch in's Fach des Erwerbs einzuspinnen. Vorerhand will man sich damit begnügen, der Gesetzgebung und Schulverwaltung die Möglichkeit zu wahren, derartige Versuche wenigstens in Städten in's Werk zu setzen, wobei nicht verschwiegen wird, daß auch in Gemeinden auf dem Lande mit einem bedeutenden Bruchtheil industrieller Bevölkerung Hilfe ebenso dringend nöthig wäre.

Gleicherweise sollen gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulen, sowie namentlich Lehrwerkstätten das Handwerk auf eine mit der Großindustrie konkurrenzfähige Stufe bringen. Fehlte es ja nicht an Stimmen, die die berufliche Ausbildung des Handwerkers ausschließlich durch Lehrwerkstätten oder Fachschulen vornehmen lassen wollten, der Werkstätte des Meisters die Fähigkeit bestreitend, einen allseitig durchgebildeten Arbeiterstand heranzubilden. Papa Bund schenkte diesen Stimmen willig Gehör und griff ganz gehörig in die Tasche. Die er sich ja seit 1884 das gewerbliche Bildungswesen 2,770,188 Franken kosten. Wozu die von den Gemeinden und Kantonen für diesen Zweck aufgewendeten Summen kommen, die z. B. im Jahre 1893 981,137 Franken betragen.

Ebenso versprach man sich von den sogenannten Lehrlingsprüfungen einen großen Gewinn und hat sich dieses Institut im Laufe von 1 1/2 Jahrzehnten ziemlich entwickelt, was einerseits aus der stetig wachsenden Zahl der geprüften Lehrlinge und Lehrbücher hervorgeht, andererseits durch die Vereinfachung des Prüfungsverfahrens, sowie die Vertiefung der Prüfung durch strengere Anforderungen mit Bezug auf theoretische und praktische Fächer bewiesen wird und schließlich auch daraus ersichtlich ist, daß mehrere Kantone diese Prüfungen zur staatlichen Institution erhoben haben. Von 1877 bis 1892 unterzogen sich im ganzen 4475 Lehrlinge und Lehrbücher der Lehrlingsprüfung, deren Kosten zum Theil von den Gewerbevereinen, zum Theil von Gemeinden und Kantonen unter Mithilfe des Bundes aufgebracht wurden. 1893 betragen die Gesamtaufgaben der Kantone für diesen Zweck 10,473 Franken, wozu neben wesentlichen Beiträgen der Gemeinden noch eine Bundessubvention von 8000 Franken hinzukam.

Allein die Entwicklung der wirtschaftlichen Zustände ließ sich durch derartige Fiklarbeit natürlich nicht aufhalten. Kaum hatte man einen Versuch gewagt, so mußte man sich gestehen, den rechten Ausweg wieder nicht gefunden zu haben. So zeigten die mit den Lehrwerkstätten und den gewerblichen Fachschulen gemachten Erfahrungen, daß diese Anstalten trotz mancherlei Vorzügen eine praktische Berufslehre bei einem arbeitsfähigen, pflichtbewussten und einsichtigen Meister nicht ersetzen könne, und daß diese Art der Lehrlingsbildung niemals die ausschließliche werden könne. Was man schon der bedeutenden Unkosten wegen eigentlich von vornherein hätte einsehen können; denn eine Auslage von etwa 300 Franken ist für die Vermögensverhältnisse derjenigen Leute, aus denen sich der Handwerkerstand in der Mehrzahl rekrutirt, zu viel. Macht ja schon die Aufbringung des üblichen Lehrgeldes für die Berufslehre beim Meister in sehr vielen Fällen große Schwierigkeiten, obwohl die Handwerksmeister behaupten, durch dasselbe für ihre Unkosten nur ungenügend entschädigt zu werden, wenn sie den Lehrlingen nicht bloß als Handlanger benutzen wollen. Man suchte deshalb die Sache wieder an einem anderen

*) G. Z. B. 1895, S. 1.
**) Dsogl. S. 1.
***) Dsogl. S. 1.
†) Dsogl. S. 8.

††) Dsogl. S. 4.
*) Gl. Anz. 1895, Nr. 8.

Orte anzufassen. Lehrlingspatronate, Lehrlingskassen und Förderung der Berufsbildung beim Meister durch Musterwerkstätten waren die neuen Schlagworte, an die man sich klammerte, die neuen Heilmittel, die man anrief.

Die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft nebst ihren kantonalen Sektionen wollte durch Beschaffung der nötigen Mittel dafür besorgt sein, die pekuniäre Seite der Handwerkslehre möglichst zu erleichtern nicht im dem Sinne, daß die Meister gratis Lehrlinge aufnehmen sollten, sondern in dem Sinne, daß man die Lehrlinge gut und reichlich entschädige und dem armen Lehrling helfend unter die Arme greife. Auch das schweizerische Industrie-Departement wollte nicht nachsehen und beweisen, daß es immer und sofort bei der Spritze sei, wenn's gilt, das „Gewerbe“ zu fördern. Es entsandte einen Experten in's Großherzogthum Baden, um die dort betriebene Art der Lehrlingsausbildung durch Subventionierung tüchtiger Meister des Näheren zu prüfen. Nach dem Eintreffen des Expertenberichts wollte sich die Behörde noch der Meinung des Gewerbebestandes vergewissern, den schweizerischen Gewerbeverein zur Untersuchung der Frage der Berufsbildung beim Meister einladend.

Der Zentralvorstand dieses Vereins veranstaltete durch Versendung von Fragebogen eine Umfrage im schweizerischen Gewerbebestande. Allein er scheint damit in den nächst interessirten Kreisen höchst gemischten Gefühlen begegnet zu sein. Wenigstens wurden von 1500 versandten Fragebogen bloß 400 beantwortet und gingen gerade aus den größten Städten verhältnismäßig wenig Gutachten ein.

So waren eiliche Jahrelein verstrichen und die schweizerische Gemeinnützigkeit hatte schon wieder andere „hehre“ Ziele in's Auge gefaßt, als die Delegirtenversammlung des schweizerischen Gewerbevereins sich dahin einigte, daß die Sorge für die Berufsbildung der Handwerker vom Staat übernommen werden müsse. „Der Staat muß das Lehrverhältnis unter seine Obhut nehmen und durch organische Gestaltung der Lehrbedingungen in Verbindung mit dem Fortbildungsschulunterricht Garantie dafür verschaffen, daß neben der Erlernung der Berufsarbeit in der Werkstätte auch die erforderliche Fortbildung in richtiger Weise erfolge; er muß dafür sorgen, daß der Abschluß des Lehrvertrags von jeder Markerei befreit, daß überhaupt das Lehrverhältnis so gestaltet werde, wie jedes andere Unterrichtsverhältnis.“

Zur Verwirklichung dieses schönen Programms bewilligte man für 1895, 1896 und 1897 versuchsweise einen Kredit von je 2000 Franken, um an berufstätige Meister, die sich zur Einhaltung der vom schweizerischen Gewerbeverein aufgestellten Lehrvertragsbedingungen verpflichtet haben, Zuschüsse bis zum Betrag von 250 Fr. per Lehrling und Lehrzeit zu verabfolgen. Die Sehnsucht nach dieser Extravergeltung scheint unter der Meisterschaft nicht klein zu sein, wenigstens hatten sich nicht weniger als 79 Meister hierfür angemeldet, aus dem in Anbetracht der geringen zur Verfügung stehenden Mittel 14 ausgewählt wurden.

Es ist ein nicht leicht verzeihlicher Optimismus, wenn man von diesen Maßnahmen Hebung der vielen mit der Berufsbildung verbundenen Mißstände, sowie ein neues Aufleben des schweizerischen Handwerkerstandes erwartet. Schon längst liegen zahlreiche Handwerke in langsamem und qualvollem Todeskampf, verschwindet eines nach dem anderen von der Bildfläche. Aber die Reihe ist noch lange nicht geschlossen und es erscheinen immer neue Genossen, die der Großbetrieb auf den Aussterbeetat setzt. Selbstverständlich werden die Lehrlinge von diesem Todeskampf hart mitgenommen und wäre ein schweizerisches Gewerbe-

gesetz dringend nötig, damit wenigstens den größten Formen der Ausbeutung auf diesem Reichthum gewehrt werden könnte.

„Unterstützung und Kampf.“ Ueber dieses Thema schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“:

„Die Gewerkschaftsbewegung kann es Niemand recht machen. Man verlangt alles Mögliche von ihr, und versucht sie einen Anlauf, dann ist es wieder nicht recht. Einmal ist sie zu einseitig, das andere Mal zu vielseitig, heute verlangt sie von den Arbeitern zu viel, morgen wirft man ihr ihre niedrigen Beiträge vor. Sie soll eine Lehranstalt für die Arbeiter sein, und doch ist die Behauptung allgemein, daß man ihr die nötigen Kräfte vorenthalte. Sie soll ihren Mitgliedern materielle Vortheile bieten, sie möchte alle möglichen Unterstützungen protektiren, und dann wieder soll sie sich von solchen unnützen Kassengepöck freihalten und sich völlig dem proletarischen Kampfe widmen. Sie soll den behördlichen Gesetzesauslegungen und Anfechtungen tapfer widerstehen, soll sich aber nicht mit der Berathung solcher Materien befassen, sie soll den Arbeiterschutz beaufichtigen und fördern, aber mit der Arbeiterschutzreform nichts zu thun haben. Sie möchte Allen gehorchen, aber Nichts aus eigener Initiative thun.“

„Ueber die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften sind die Meinungen heute getheilt denn je. Was der Eine ausgebaut wissen möchte, hält der Andere für ihren Schaden, und während Dieser möglichst viele Leistungen verlangt, fordert Jener Beschränkung und energische Aktion auf einem einzigen Gebiet, indeß ein Dritter auch diese Möglichkeit bestreitet und ein Vierter die Gewerkschaften als überlebt bezeichnet. So sind Erziehung, Agitation, Organisation, Unterstützung, Kampf und Kontrolle die streitigsten Punkte geworden, die bald gelobt, bald getadelt werden — so wird bald diese, bald jene Gewerkschaft als Muster aufgestellt, und noch häufiger andere als Beispiel, wie eine Gewerkschaft nicht sein sollte, ohne daß deshalb Klarheit geschaffen würde, was die Gewerkschaften nun eigentlich thun sollen. Und wahrlich, wenn sie das nicht selbst am Besten fühlten und über ihr Programm einig wären, so stände es schlecht mit ihnen, denn von dem, was man ihnen seit einiger Zeit zu lehren für nötig hält, werden sie in diesem Jahrhundert nicht mehr lernen.“

Bisher galt als Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Führung des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum zur Eringung einer auskömmlichen Lebenshaltung und zur Erstarbung der Arbeiterklasse. Noch hat kein Gewerkschaftler behauptet, daß dieser wirtschaftliche Kampf ausreichend sei für die Emanzipation der Arbeiterklasse, so daß wir des politischen Kampfes entbehren könnten, aber schon ist Entmuthigung hervorgerufen worden durch gegentheilige Behauptungen, daß der wirtschaftliche Kampf völlig aussichtslos und nutzlos sei, ohne daß für solche je ein stichhaltiger Beweis erbracht worden wäre. Wozu es aber führen muß, den Gewerkschaften ihre vornehmste Aufgabe sans facon abzuwippen und sie auf das Altentheil der Unterstützung zu verweisen, bedarf keiner näheren Erklärung, denn fällt der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften, so fallen alle ihre sonstigen Aufgaben hinterher.

„Wozu bedarf es dann noch der Erziehung zum Klassenbewußtsein? Um den Einkommensverlust abzugeben oder gelegentlich in Person zu demonstrieren? Dazu brauchen wir keine Gewerkschaft. Wozu dann noch die berufliche Agitation? Das besorgen die politischen Agitationskomitees.“

Wozu weiter die straffe Organisation mit besonderen Beiträgen? Wenn man ihr den Inhalt nimmt, das leere Gefäß nützt dann Niemand mehr.

„Etwas bloß zur Unterstützung der Nothleidenden, der Invaliden, der Rechtsuchenden? Das ist doch Sache des Staates, der das viel besser kann, sagen Andere; die Arbeiter können gar nicht die Mittel aufbringen, um der Noth zu steuern; das kann höchstens durch den Staat oder durch Zwangsorganisation geschehen. Und so verbliebe schließlich als letzte Zuflucht der Rechtschutz und die Arbeiterschutzkontrolle als diejenigen Gebiete, die man ihnen noch am ehesten gönnt; aber leider bleibt auch diese Thätigkeit unfruchtbar, wenn sie nicht der stetige wirtschaftliche Kampf belebt. Man nehme uns diesen Kampf und von den Gewerkschaften bleibt nichts übrig, denn das Halbe und Zerstreute hat keinen Werth auf ferneren Bestand. Aber der wirtschaftliche Kampf als notwendiges Ergebnis der Klassen- und Interessengegenstände läßt sich nicht aus der Welt diskutieren; er wird vielmehr weiter bestehen und den Boden schaffen für Kampforganisationen. So lange es Klassengegensätze gibt, so lange werden auch die Gewerkschaften nützlich sein, wenn sie solche Kampforganisationen sind und die Interessen der Arbeiter zu wahren verstehen.“

Ueber den Begriff „Kampforganisation“ läßt sich der Verfasser folgendermaßen aus:

„Organisation ist Kampf! Erziehung zum Klassenbewußtsein ist Kampf! Agitation ist Kampf! Arbeiterschutzkontrolle ist Kampf und Rechtschutz ist ebenfalls Kampf! In jedem von ihnen ist der Kampf schon begonnen und verläuft, und ein Rechtsschutzverein ist so gut eine Kampforganisation wie eine Agitations- oder Beschwerdebekommision, die sich von den Gewerkschaften nur durch ihre beschränkteren Mittel unterscheiden. Auch die Unterstützung ist Kampf! Wer daran zweifeln wollte, dem ist das gewerkschaftliche ABC noch fremd. Und zwar ist nicht bloß die Streikunterstützung eines der wichtigsten Kampfmittel, sondern auch die übrigen Unterstützungen können von Bedeutung sein. So ist die Nothunterstützung, eine der ältesten Unterstützungsformen, in allen Gewerkschaften üblich und als Kampfmittel längst erkannt. Besonders bei ausbrechenden Lohnkämpfen, Sperren u. dgl. ist sie zur Abschlebung des Zugruges unentbehrlich und auch im Uebrigen ist ihr günstiger Einfluß auf das Arbeitsangebot unverkennbar. Daß sie, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorzugsweise den Bedingten zu Gute kommt, kann nicht in Abrede gestellt werden; eine Kompensation für die Verheiratheten ist erwünscht, wo eine solche durchführbar ist. Doch sind auch erstere meist größern Arbeitswechsel ausgesetzt, insofern sie bei eintretender Arbeitslosigkeit zuerst entlassen werden, und ihre Abreise kommt doch vorzugsweise den Verheiratheten zu Gute.“

„Auch die Arbeitslosenunterstützung ist als Kampfmittel nicht zu verachten und in einer Anzahl von Gewerkschaften aus diesem Grunde eingeführt. Welcher führt diese Unterstützung eine hohe Belastung der Verbände im Gefolge, die um so höher und unumgänglicher ist, je schlechter die wirtschaftliche Lage die betreffenden Berufe stellt. Die größte Arbeitslosigkeit vereinigt sich mit den niedrigsten Einkommen, und da die größte Arbeitslosigkeit auch die höchsten Beiträge erfordert, so resultirt daraus die Unmöglichkeit für viele Verbände, eine solche Unterstützung einzuführen, welche immer nur einen Theil der Mitglieder und zwar die Höhergelohnten interessiren kann, dagegen die Vinderbezahlten von der Organisation abstößt. Ob die Arbeitslosenunterstützung als Zugmittel für die Werbung von

Mitgliedern von Werth ist, bleibt stets fraglich; als Kampfmittel ist ihr Werth zweifellos; er steigt und sinkt mit der Kampffähigkeit der betreffenden Berufe.“

Kapitalistische Entbehrungs-Löhne.

O.H. „Die Geschäfte gehen schlecht, wir müssen Lohnabzüge machen“ — „Es thut uns leid, aber wir müssen Euch kündigen“ — so oder ähnlich lauteten im vergangenen Winter die Bekanntmachungen der Werke in Rheinland-Westfalen an ihre Arbeiter. Die Geschäftsberichte der Kapitalistenblätter erschienen grau in grau getaucht. Herzerweichende Klagen stieß man aus über den „theuren Betrieb“, die „hohen Selbstkosten“, die „großen Abgaben an Staat und Gemeinde“ und „mit Wangen“ sah man dem Geschäftsabschluß entgegen. Das Geschäft war manchmal so arg, daß unbesorgene, gutherzige Menschen schon gleich um „milde Gaben“ für die nothleidenden Kohlen- und Eisenbarone an den Thüren „fechten“ gehen konnten.

Doch wenn der Schnee schmilzt, dann gibt es wieder Leben, nicht nur in der Natur, sondern auch in dem Handelstheil der Börsenblätter. Werden dann doch die Betriebsergebnisse der einzelnen Werke deklariert und — „noch ist Polen nicht verloren“ jubelten alle guten Menschen, als sie die erfreulichen Abschlüsse des Geschäftsjahres 1893/94 in Augenschein nahmen. Und zur Beruhigung Derer, die schon an eine Spende für die „niedergehende Industrie“ dachten und die nicht Gelegenheit haben, in Ruhe den Gang derselben zu verfolgen, theilen wir hier einige Resultate des kapitalistischen Fleißes mit.

Table with 2 columns: Name and Proz. (Percentage)

Table with 2 columns: Name and Proz. (Percentage)

Also man beruhige sich nur, unsere „Stützen der Gesellschaft“ schlagen sich, wenn auch mit Mühe und Noth, aber doch so leidlich durch. Für ganz angstlich um die Industrie besorgte Gemüther wollen wir noch eine kleine Anzahl von Ueberschussangaben, theils für das ganze Jahr 1894, theils für das 4. Quartal des genannten Jahres anführen. Es hatten Ueberschuss und gelangten zur Vertheilung:

Table with 2 columns: Name and pro 1894: (Percentage)

Und im vierten Quartal 1894 hatten Ueberschuss und wurden vertheilt:

Table with 2 columns: Name and Proz. (Percentage)

Sehe „Graf Schwerin“ 68089,15
 „Ber. Karolinenglad“ 56019,81
 „Delmelsberg“ bel
 Steele 92448,78

Wir glauben jetzt auch den Kängstlichen beruhigt zu haben über die Zukunft unserer Industrie. Insbesondere die Eisen- und Kohlenindustrie nährt immer noch ihren Mann. Wohl schrieb neulich der Moniteur der Eisen- und Kohlenbarone, die „N. W. Z.“, das glücklichste Leben führe doch immer noch der Arbeiter; er brauche sich nicht den Kopf zu zerbrechen, wo die Waaren ihr Absatzgebiet zu suchen hätten. Freudig verlasse der Glückliche des Abends die Fabrik, um im trauten Heim, fern von dem Leben des menschenaufreibenden Geschäfts, der Ruhe zu pflegen. Derweil wälze sich so mancher Fabrikant auf seinem Lager, sinnend, grübelnd, kalkultrend, und das nur, um seine Arbeiter am Essen zu halten.

Nur ein Barbarenherz konnte bei diesem Gedankengang nicht in Mitleid gerathen. Man denke: In die Mühsal des „feindlichen Lebens“ übernimmt der arme Kapitalist, und der Proletarier hat nichts weiter zu thun, als sich in weidlicher Ruhe seines Daseins zu freuen. Ja, glücklich Derjenige, der nicht mit vollen Händen im Gelde zu wühlen braucht.

Und freudig begrüßen wir den, auch die „N. W.“ ist dieser Meinung, glänzigen Abschluß des letzten Geschäftsjahres. Das Glück hat denn doch wieder einmal den richtigen Mann erwählt, den „strebsamen“, „arbeitslustigen“, „sparsamen“, „nüchternen“ Fabrikanten und Aktieninhaber. Und mit Recht sinkt der Lohn des Arbeiters von Monat zu Monat, muß er sich an immer schlechtere Lebenshaltung gewöhnen, ist der Arbeiter doch nicht der „Schaffer des Reichthums“, sondern nur der Durchbringer des kümmerlich von dem Aktieninhaber erworbenen Gutes. Es geschieht ihm sein Recht. —

Noch erwähnen wollen wir, daß die meisten Inhaber von Aktien und Aktien außer ihrer sonstigen aufreibenden Thätigkeit auch noch in ihrer Stellung als Verwaltungsräthe, Vorstandsmitglieder, Direktoren der einzelnen Werke ihren kümmerlichen Lohn durch Nebenverdienste, als da sind: feste Gehälter, Tantiemen, Gratifikationen u. dgl., aufbessern. Ja, die Unermüdlichkeit einiger solcher edlen Seelen geht sogar soweit, daß sie in zwei, drei, vier, sogar in noch mehr Unternehmen eine derartige Stellung bekleiden. Nun, in den schlechten Zeiten ist es den Wackeren zu gönnen und nur böse Neidsucht versucht da zu mäkeln.

„Die reinen Engel“

Gelegentlich des Streiks der Straßenarbeiter in Brooklyn, einer Vorstadt New Yorks, glaubte ein deutsches Blatt, die „National-Zeitung“, die Zeit für gekommen, aller Welt zu verkünden: wie gute Menschen doch die deutschen Kapitalisten sind. Bekanntlich hatten die Arbeitsklaven der Straßenbahnaktiönäre die Forderung auf erhöhten Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit gestellt, die aber von diesen abgeschlagen wurde. Daß die Arbeiter unter diesen Umständen alle Mittel anwandten, um ihrer Forderung mittelst Arbeitseinstellung Nachdruck zu geben, ist selbstverständlich. Es befremdet auch weiter nicht, daß die Arbeiter, da ihre gerechten Forderungen nicht anerkannt und das gesamte Publikum mit den Streikenden sympathisirt, energischer vorgehen, als dies in anderen Staaten üblich ist. Daß Polizei und Militär dort im Interesse der Unternehmer thätig sind, fällt uns nicht auf, weil wir so etwas ja auch im Staate der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ gewöhnt sind. Machen die ausgemergelten Arbeiter, ganz gleich, welcher Branche, einmal den leihen Versuch, durch eine Arbeitsniederlegung eine Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen, so lautet die erste Frage: Wo ist die Polizei, um die bedrohten Interessen des Unternehmertums zu schützen? Nimmt der Zustand einen größeren Umfang an, werden entweder die Gendarmenkorps vergrößert oder Militär zur Aufrechterhaltung

der „Ordnung“ hinzugezogen. Niemand fragt aber danach, ob es nicht viel zweckmäßiger erscheine, statt dem Unternehmertum den Auswärtigen den nötigen Schutz angedeihen zu lassen.

Die „National-Zeitung“ sagt: Die Ausnutzung der Arbeiter und Beamten bis auf das Meiste, die in allen europäischen Staaten als Mißbrauch gilt und, wo sie einmal aufgedeckt wird, allgemeinste Verurteilung findet, ist drüben die Regel. Traurig genug, aber will und die Vertreterin der Schlotbarone denn nicht gefällt einmal sagen, wo hier in Deutschland die Ausnutzung der Arbeiter als Mißbrauch gilt, oder hat sie Deutschland etwa von den europäischen Staaten ausgeschlossen? Wann und von wem ist ein solcher Mißbrauch der Ausnutzung der Arbeiter und Beamten jemals in den Kreisen der Anhänger jener Ausbeuter verurteilt worden? Noch immer hören wir in jenen Kreisen und von den Unternehmern selbst sagen, daß nur die reinste Freivolität die Arbeiter zum Ausstand treibe oder sozialdemokratische Verhöhnung dazu Anlaß gegeben habe, die Tugendprobe von „arbeiterfreundlichen“ Unternehmern traf niemals die Schuld.

„Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital“, sagt die „National-Zeitung“, hat aus der Fülle des Angebotes auf der einen und der Nachfrage auf der anderen Seite die rückständigsten Formen angenommen. Nicht belohnt, drücken ist jener Ausbeutungscharakter des Kapitals verbreitet und zum Typus ausgebildet, den die sozialdemokratischen Wortführer unseren Industriellen vorwerfen.“

Da haben wir's! In Amerika nur sind die Ausbeuter zu Hause, nur drüben nimmt die Nachfrage die rückständigsten Formen an, belohnt und in Deutschland sind die Unternehmern die reinen Wuterknaben. Sie zahlen Löhne, die es gestatten, ein wahres Schlaraffenland zu führen. Die hohen Preise aller Waaren in Amerika“, sagt die „National-Zeitung“ weiter, verschlingen den Lohn, ein Familienleben, wie es doch noch immer der größte Teil der deutschen Arbeiter führt, ist drüben für die Arbeiter ausgeschlossen.“ Eine solche Lohndrücke des deutschen Unternehmertums ist geradezu widerwärtig, und umso mehr, als die angeführten Thatsachen mit der Wahrheit und Wirklichkeit gar nicht vereinbar sind. Wir meinen, daß der deutsche Kapitalismus auf dem Gebiete der Großindustrie einen Aufschwung genommen, daß er sich mit einzelnen Unternehmungen Amerikas recht wohl verstehen kann, aber denselben auch beglückt der Ausbeutung der Arbeiter und der Habgier nach Gewinn nicht nachsteht. Die deutschen Unternehmer verstehen es ganz vortrefflich, ihren Einfluß auf dem Weltmarkt durch Vereinnahmung in Karriellen geltend zu machen, die Befehlsgebung zu ihren Gunsten in Bezug auf Einführung und Erhöhung von Schutzzöllen zu beeinflussen und die Arbeiterausbeutung, die eine rückständige Ausbeutung der Arbeiter beschränken könnte, zu verhindern resp. illusorisch zu machen.

Das deutsche Unternehmertum huldigt genau so dem Grundsatz, nur des hohen Gewinnes wegen zu produzieren, wie das amerikanische. Es ist geradezu eine Verdrehung der Thatsachen und eine Unverschämtheit, nur den amerikanischen Unternehmern den Ausbeutungscharakter aufzudrücken, sich selbst aber gar als die Wohltäter der Menschen aufzuspielen, die dem „größten Teile der deutschen Arbeiter“ ein idyllisches Familienleben zu führen, die Möglichkeit gewähren. Sonderbar ist, daß trotz dieser idyllischen Zustände im Lande der deutschen Unternehmer alljährlich Tausende von Arbeitern den deutschen Staat von ihren Bastionen schilteln und sich im Lande der „rückständigsten Ausbeutung“ eine neue Heimath suchen.

Aus Zusammenstößen, wie solche im vorigen Jahre im Pullmanstreik und jetzt in Brooklyn vorgekommen, sagt die „National-Zeitung“, mache sich der echte Yankee wenig, er sei viel zu sehr von der Ungeheuerlichkeit und der Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten überzogen, daß er aus solchen Umständen keinen Bürgerkrieg oder Revolution zu befürchten habe. Sie sehen darin nur Jugendstrebungen und mit der Gleichgültigkeit gegen Menschenleben, die für ihre Verwegenheit und ihren Egoismus charakterisirt sei, lassen sie sich in der Verfolgung ihrer Geschäfte nicht stören. Für den nachdenklichen Beobachter stelle sich die Sache freilich in einer anderen Beleuchtung dar. Die ausbrechenden und sich allmählich zu Gewalten entwickelnden Streiks seien Symptome eines unversöhnlichen Gegensatzes und Klassenkampfes. „Noch hat“, — ruft die „National-Zeitung“, wahrscheinlich in selbigem Banngefühl an Deutschland denkend, aus — das Eigentum, die Polizei, die Militär und schließlich die Staatsgewalt für sich, um die Ruhe wiederherzustellen.“ Und mit echt pharisäischem Augenaufschlag fragt sie weiter: „Wie lange noch die öffentliche Gewalt für ein Ausbeutungssystem, das sich in Mono-

polen und politischen und industriellen Dingen und Verbindungen immer enger zusammenschließt und immer drückender auf der Menge lastet, einsetzen wird?“ Als ob nicht auch in Deutschland gleichgültig mit Menschenleben umgegangen während Tausende Bergarbeiter fallen der Profitgier der Grubenbarone alljährlich zum Opfer, trotz aller schon dagewesenen Unfallkatastrophen, die nachgewiesenermaßen in den meisten Fällen mangels schlechter Ventilation entstanden; trotz aller öffentlichen Warnungen bleiben die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter dieselben. Wie hier, sind auch in anderen Betriebszweigen die Arbeiter den größten Gefahren für ihr Leben ausgesetzt, das beweisen die vielen Unfälle, welche im Zeitraum des Bestehens des Unfallversicherungsgesetzes vorgekommen sind. Wir erwähnen nur die Fälle, für welche Entschädigung gezahlt wurde. Die Zahl betrug 882,074, davon mit tödlichem Ausgang 46,141, Unfälle mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit 28,277, mit dauernd theilweiser Erwerbsunfähigkeit 108,089 und mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit 94,607. Die Zahl sammtlicher zur Annahme gelangten Unfälle betrug 1,724,820.

Wie viele Arbeiter in Deutschland und den übrigen europäischen Staaten in Folge der unverschämtesten Ausbeutung seitens der Kapitalisten zu Ausländern getrieben und von Polizei und Militär mit Bajonetten zu Tode „gestupft“ oder mit blauen Hohnen rücklings niedergestreckt wurden, läßt sich nicht genau feststellen; ihre Zahl ist Legion. Die „National-Zeitung“ hatte also gar keine Veranlassung, die deutschen und Unternehmer anderer europäischer Staaten gegenüber den Nordhunden der Union so sehr herauszufreien, sie sind einander würdig!

Wenn das genannte Blatt später sagt, daß auch in Deutschland die Schärfe und Verbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Steigen begriffen, diese aber der Majorität der Sozialdemokratie zuschreiben sei, so ist das Brevier eine grobe Unwahrheit. Ein Blick in das wirtschaftliche Leben zeigt, daß gerade die Unternehmern in Folge der infamsten Ausbeutung und Zahlung eines Jammerlohnes zu der Verbitterung gegen sie Anlaß geben. Man sage uns nicht, die Unternehmern seien nicht im Stande, höhere Löhne zahlen zu können; die „Entbehrungslehre“, die hohen Dividenden für die Aktionäre beweisen das Gegenteil. Die 180 Prozent Dividenden für die Aktionäre und 12 bis 24 Wochenlohn für die Arbeiter der Gasglühlicht-Gesellschaft in Berlin, die über 100 Prozent betragende Dividende für die Aktionäre der Schaffner Fortwerke und Böhne bis zu 22 % für die Arbeiter, reden eine zu deutliche Sprache. 10, 20, 25 bis 50 Prozent Dividende und Arbeitslohn von 10 bis 15 % sind nicht etwa Seltenheiten; die niederen Löhne sind zur ständigen Regel geworden. Und angesichts solcher Thatsachen zu behaupten, daß die Majorität der Sozialdemokratie zur Verschärfung der Klassengegensätze Anlaß gäbe, das ist mehr denn fabelhaft. Wenn die „National-Zeitung“ ferner bestritt, daß die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiter, wie sie in Nordamerika die Freiheit der Republik gestattet, in Deutschland nicht möglich ist, da Arbeiterausbeutung, Fabrikinspektoren und Unfallversicherung berleben entgegenstehen, so beweisen uns die vorstehenden Ziffern und die Berichte der Fabrikinspektoren selbst, daß der Ausbeutung des Unternehmertums trotzdem unendlich weite Schranken offen stehen. Wie rückständig und auf ihre Uebermacht pochend das Unternehmertum in Deutschland ist, beweist eine Aeußerung in der „Eisen-Zeitung“, wonach die Arbeiter in kürzester Frist verhungern müßten, wenn nicht die Unternehmer im Interesse der Arbeiter besorgt wären, die Industrie bestehen zu lassen.

Die Arbeiter haben wahrhaftig nichts dagegen, wenn die Kapitalisten sich gefälligst zurückziehen oder mit ihren Geldsäcken nach Amerika auswandern würden; eine ganze Reihe Derjenigen, deren Thätigkeit nur im Genießen der Früchte fremder Arbeit bestand, würden hier weniger werden, und alles arbeitende Volk hätte es dann in der Hand, die Produktion dermaßen einzurichten, daß die Erträgnisse aus derselben zu einem menschenwürdigeren Leben ausreichen würden, besser als es unter der Herrschaft der Kröten der Gesellschaft heute möglich ist. Die „National-Zeitung“ mag den auswandernden deutschen Kapitalisten in die amerikanischen Gefilde als Vorreiter dienen und den amerikanischen Ausbeutern um Wosauenschall verkünden, welche reizende Engel und Musterknaben die deutschen Kapitalisten sind, die den deutschen Arbeitern den großen Dienst erwiesen, sie durch ihre Auswanderung einer nichtsnutzigen faulengenden und tyrannischen Gesellschaft zu entziehen.

Eine Untersuchung über Hand- und Maschinenbetrieb.

Die sich schon seit einer Reihe von Jahren recht sichtbar machenden Geschichts- und Produktionskosten drücken im Lande des Dollars haben recht traurige Zustände gewirkt. Die Arbeitslosigkeit nahm seitdem einen so großen Umfang an und übte auch wohl kaum einen so ungesunden Einfluß auf das ganze gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben aus, als den letzten Winter. Um diesem Mißstande wenigstens für die Folge zu begegnen, glaubt die Regierung zunächst die Ursachen feststellen zu sollen und nimmt an, daß diese in der überwiegenden Maschinenarbeit, in der freien Konkurrenz, dem freien Spiel der Kräfte zu suchen sind. So wird denn seitens des amerikanischen Bundesarbeitsbureaus die Vornahme einer umfassenden Untersuchung beschlossen, falls eine vom Repräsentanten Mr. Mann von Chicago dem Hause eingebrachte Resolution Gesetzeskraft erlangen sollte, wozu angeblich alle Zustände vorhanden sind. Durch diese Resolution soll der Bundesarbeitskommission beauftragt werden, eine Untersuchung anzustellen und Bericht zu erstatten über die Wirkungen, welche die Verwendung von Maschinen im industriellen Betriebe auf die Arbeit und Produktionskosten ausübt, über das Verhältnis von Hand- und Maschinenarbeit als Produktionskraft und die bezüglichen Kosten für die Lohnnebenkosten und unternehmerrlicher Arbeiter, sowie ferner darüber, ob Veränderungen in den Produktionskosten auf einen etwaigen Mangel oder Uebermaß an Kraft oder aber auf die Einführung der Maschinenkraft zurückzuführen sind.

Durch diese vom Arbeitskommissionar Wright, sowie den Arbeiterfreunden im Kongreß beschworietete Untersuchung soll statistisch nachgewiesen werden, um wie viel die Produktivität der Angehörigen der großen Handnationen der Welt innerhalb der letzten dreißig Jahre, seit Einführung der Arbeitsschrauben und erleichternden Maschinen, gestiegen ist. Auf Grund der Lösung dieser Frage soll dann ermittelt werden, wie sich das erzielte Mehrprodukt vertheilt, bezw. wie viel davon auf den Produzenten und wie viel auf den Konsumenten entfällt. Auch die Feststellung der vollen Folgen der Einführung von den, geübte Handarbeiten erzeugenden Maschinen, wodurch in zahlreichen Fällen die Arbeiter in Nothlage versetzt werden, wird dabei von dem Kommissar nicht unberücksichtigt gelassen werden. Dagegen wird er im Stande sein, auf die große Menge neuer Industrien hinzuweisen, welche infolge der durch Einführung von Maschinen gewonnenen Ersparnis an Zeit und Arbeit, besonders in der Herstellung der verschiedenen Bedarfsartikel im Laufe der Zeit entstanden sind, und die überflüssig gewordenen Arbeitskraft lohnende Verwendung gewähren. Mit welchen Zahlen der Kommissar dabei zu rechnen haben wird, geht aus dem folgenden Aufzuge aus dem ersten, kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Kommissars über „die industrielle Nothlage“ hervor.

Darnach werden die mechanischen Industrien der Vereinigten Staaten mittelst Dampf- und Wasserkraft betrieben, die insgesamt in runder Zahl 2,500,000 Pferdekräfte repräsentieren, jede der letzteren entsprechende der Körperkraft von zehn Männern, d. h. wäre zum Betriebe des Landes Menschenkraft allein benötigt, so wären dazu 21,000,000 Männer erforderlich, eine Zahl, die nach dem letzten Census einer Bevölkerung von etwa 105,000,000 Menschen entsprechen würde. Die tatsächliche Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Industrien beschäftigten Arbeiter beträgt in runder Summe 4,000,000, was einer Bevölkerung von nur 20,000,000 Menschen entspricht. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten vorhandenen Lokomotiven beträgt 28,600. Um die Arbeit dieser Lokomotiven zu verrichten und Lasten, gleich den von denselben während des letzten Jahres beschickten, auf den bestehenden Landstraßen zu transportieren, wären in runder Zahl 64,000,000 Pferde und 18,600,000 Menschenkräfte erforderlich. Gegenwärtig wird die Arbeit, soweit die menschliche Arbeitsfähigkeit in Betracht kommt, mit Hilfe von 250,000 Mann verrichtet, die eine Bevölkerung von 1,250,000 repräsentieren, während die zum Ertrag der Pferdekräfte erforderliche Zahl von Männern einer Bevölkerung von 67,500,000 entsprechen würde. Im Ganzen würde es somit, um die zur Zeit in mechanischen Industrien und den Eisenbahnen Amerikas von Maschinenkraft geleistete Arbeit zu verrichten, einer Zahl von Männern bedürfen, die einer Bevölkerung von 172,500,000 Menschen entsprechen müßte. Manet man dazu die tatsächliche Bevölkerung des Landes mit ca. 85,000,000, so würde sich eine solche von 237,500,000 erweisen, die dann auf die gegenwärtig vorhandenen Substanzmittel angewiesen wären.

Auch bezüglich der Produktionskosten wäre der Unterschied ein ganz ungeheurer. Die jährlichen Kosten des Eisenbahnbetriebes des

An die Metallarbeiter der Provinz Westfalen.

Das unterzeichnete Agitations-Komitee richtet nunmehr an die Genossen der Provinz Westfalen die Aufforderung, sie bei Erfüllung ihrer Aufgabe mit materiellen und rednerischen Kräften zu unterstützen. Die Aufgabe des Agitations-Komitees ist nicht nur die Gründung neuer Verwaltungsstellen, sondern auch die Erwerbung neuer Mitglieder für bereits bestehende Verwaltungen...

Daher hält sich das Komitee auch für verpflichtet und berechtigt, überall da mit Rath und That einzugreifen, wo ein Wunsch in Bezug auf die Verletzung bei der Verletzung einer Verwaltungsstelle, oder mit Bezug auf die Ausbreitung gedient wird. Kollegen! Ein Jeder muß und wird einsehen, daß nur durch die weitestehende Verbreitung unseres Verbandes eine Besserung unserer Lage ermöglicht werden kann.

Dieh Jeder seine Schuldigkeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Dortmund im April 1895. Das Agitations-Komitee der Metallarbeiter der Provinz Westfalen: Johann Gerlach, A. Sattler, Kurzestr. 8, Adrnerplatz 8, Wilhelm Berger, Memengasse 14. Alle Zuschriften sind an Joh. Gerlach, Geldsendungen an A. Sattler zu richten.

Gerichts-Zeitung.

Eine Entscheidung mit einer unglaublichen Begründung hat das Landgericht in Guben gefällt. Ein Metallarbeiter verklagte in Forst N. A. einen Fabrikanten auf Zahlung von 30,72 M wegen Entlassung ohne vorhergegangene Kündigung beim dortigen Gewerbegericht. Die Entlassung des Arbeiters fand am 31. Dezember 1894 statt. Am 8. Januar 1895 verurtheilte das Gewerbegericht den Fabrikanten alternativ. Der Fabrikant sollte schwören, daß dem Arbeiter bei seiner Annahme mitgeteilt sei, daß eine Kündigung nicht statifände. Bekte er den Schwur, so würde der Kläger abgewiesen. Wenn er den Schwur nicht leistete, so habe er den Arbeiter vom 31. Januar ab noch 14 Tage zu beschäftigen oder die geforderten 30,72 M zu zahlen. Termin zur Eidesleistung war auf den 17. Januar 1895 festgesetzt. Durch die Nichtleistung des Eides erlangte der Arbeiter ein vollstreckbares Urtheil mit Anspruch auf die eingeklagte Summe. Zahlung war in Güte nicht zu erlangen und der Arbeiter ließ dem Fabrikanten einen Geldstrafe pfänden. Gegen diese Pfändung erhob der Fabrikant Widerspruch, wurde jedoch vom Gewerbegericht abgewiesen. Darauf wandte sich der Fabrikant an das Amtsgericht zu Forst, welches die Beschwerde wegen rechtswidriger Pfändung als gerechtfertigt anjah. Der Arbeiter erhob Widerspruch, und so kam die Sache vor das Landgericht zu Guben. Dieses Gericht erklärte die Beschwerde für begründet und die Zwangsvollstreckung in den Geldstrafe eingestellt. — so lautet die Entscheidung wörtlich. Neben dem famosen Deutsch ist nun die Begründung der Entscheidung von höchstem Interesse. In der Begründung heißt es (wieder wörtlich): „Im Termin am 17. Januar lehnte der Beklagte die Eidesleistung ab, und es wurde nun Räumungsurtheil erlassen, auf Verurtheilung des Beklagten, wie oben angegeben ist. Ein Rechtsmittel gegen dieses Urtheil ist nicht eingelegt.“ (1) — Die Begründung fährt dann fort: „Er (der Arbeiter) irrte

aber, wenn er annimmt, daß nunmehr sein Antrag, die Zwangsvollstreckung gegen den Beklagten zugulassen, gerechtfertigt sei.“ (1) — Das Urtheil sei alternativ, die 14 Tage, die der Arbeiter noch beschäftigt werden solle (vom 31. Dezember 1894 an gerechnet), sollen abgelassen, der Kläger (also der Arbeiter) hätte die Mittel einzulegen, gegen das etwas lärmig als es ausprechende Urtheil — das hat er verkannt. (1) Deshalb kann das Wahlrecht des Beklagten (zwischen beiden Formen der Verurtheilung) nicht verkannt werden. Der Vorderrichter habe demnach mit Recht die Zwangsvollstreckung in den Geldstrafe eingestellt. — So hat also der Arbeiter ein rechtskräftiges Urtheil in Händen, aber — Geld, keine Lohnentschädigung bekommt er nicht. Zwei Mal spricht das Landgericht Guben von dem Einlegen einer Berufung gegen das Gewerbegerichts-Urtheil, die eben nicht möglich ist. Nicht dem Fabrikanten, sondern dem Arbeiter wird Unmöglichkeit zugemuthet. Man sieht, was ein Fabrikant für Schritte thut, um den Arbeiter um sein bishiges Recht zu bringen.

Vermischtes.

Die Tabakarbeiter und die General-Kommission. Der „Gewerkschafter“, das Organ der Tabakarbeiter, bringt in Nr. 18 folgende Mittheilung: „Die jetzt bestehende beschränkte Form der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, sowie deren Stellungnahme und Handlungsweise letzterer Zeit veranlaßt uns, die Zahlung der Beiträge an die General-Kommission einzustellen. Für den Ausschuß: S. Meister, Hannover. Für den Vorstand: J. H. Jung, Bremen.“ — Die General-Kommission schreibt dazu im Korrespondenzblatt: „Aus dieser Bekanntmachung sind die Gründe für diesen Beschluß des Ausschusses und Vorstandes nicht ersichtlich. Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, die vom 2. bis 6. Juli 1894 in Nordhauften tagte, beschloß, die Beiträge an die General-Kommission weiter zu bezahlen. Ob dem Vorstand und Ausschuß das Recht zusteht, diesen Beschluß einfach aufzuheben, wollen wir nicht untersuchen. Jedoch halten wir uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß gerade diese Organisation am wenigsten Ursache hätte, die Beitragszahlung an die General-Kommission einzustellen. Es sind den Tabakarbeitern während des Hamburger Ausschusses seitens der General-Kommission 108,041 M überwiesen worden. Um dies möglich machen zu können, war die General-Kommission genöthigt, ein Darlehen von 108,060 M aufzunehmen, von dem noch heute ein Restbetrag von 20,220 M zu bezahlen ist. Diese Schuldenlast hatte die Stellung der General-Kommission außerst schwierig gestaltet und sie geblüht, so thätig zu sein, wie dies unter anderen Umständen möglich gewesen wäre. Der Vorsitzende des Unterstützungsvereins, Genosse Jung, erklärte bei den dergleichen Verhandlungen über die Darlehensaufnahme, daß die Tabakarbeiter diesen ihnen geleisteten Dienst nicht vergessen und für entsprechende Gegenleistung stets sorgen werden. Es sind von dem Unterstützungsverein seit Bestehen der General-Kommission an Quartalsbeiträgen 4308 50 M und zur Deckung des Defizits 1789,50 M gezahlt worden. Seit dem dritten Quartal 1893 sind überhaupt keine Quartalsbeiträge von dem Verein bezahlt. Es hätte also eines formalen Beschlusses nicht bedurft, um die Erkenntlichkeit für geleistete Dienste zu dokumentiren.“

Eine ernste Mahnung an die Arbeiter, oder: Indank ist der Welt Lohn. Wie recht wir schon oft hatten, wenn wir sagten, der Arbeiter heiligste Pflicht ist es, sich mit ihren Genossen zu vereinigen, sich in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufinden, um der maßlosen Ausbeutung zu begegnen, wenn wir darauf hinwiesen, daß das Unternehmertum nur seinen Profit, nicht aber die Wohlfahrt seiner Arbeiter im Auge habe, daß es gar keine Rücksicht darauf nehme, ob die Arbeiter in seinem Dienste in Ehren alt und grau geworden sind, wenn sie, geschunden und ausgebeutet, ihre besten Kräfte dem Unternehmersäckel geopfert, dann wie eine ausgepreßte Zitrone auf die Straße geworfen werden, das beweist wieder recht drastisch der nachfolgende Fall, den wir auch unseren Kollegen, vornehmlich denen nicht vorzuenthalten wollen, die es nicht nöthig zu haben scheinen, sich mit ihren Mitarbeitern solidarisch zu erklären, weil ja für sie Arbeitslosigkeit und Lohnreduzierung vermeintlich ausgeschlossen sind, da sie, weil Meisters „brave“ Arbeiter, die Plätze auf Lebenszeit inne haben, und ihnen sicher ihre treuen Dienste, wenn sie alt werden, nicht mit Indank belohnt werden dürften. In der Knopfabrik von Benshow u. Warkert in Stralau ist der Meister G. Bureau, wie der „Vorwärts“ mittheilt, am 1. April d. J. entlassen worden, nachdem er seit 1867 volle 28 Jahre hindurch sich für seine Unternehmung in treuer Pflichterfüllung

geopfert hat. Wesentlich der Intelligenz des nun entlassenen Meisters ist es nach Ansicht der Arbeiter zuzuschreiben, daß die Fabrikate der Firma zur Zeit nicht nur in Deutschland, sondern auch weithin im Auslande des besten Rufes genießen. Der Ruf der Firma unter der Arbeiterschaft ergibt sich zur Genüge aus der Entlassung des Meisters und der Art, wie diese vor sich ging: „Wir müssen uns einschränken“, so hieß es, „und jüngere Kräfte anschaffen, die billiger arbeiten; Ihnen ist nicht wohl, wenn Sie nicht lauter Beute um sich sehen, denen der Schimmel auf dem Kopfe wächst.“ So lautet ungefähr die Begründung, die der Entlassungsmaßregel umgehängt wurde. Der Fall ist in der Fabrik übrigens nicht vereinzelt. Im vorigen Jahre entließ die Firma drei Arbeiter, deren jeder über 20 Jahre bei ihr beschäftigt war, und für die nächste Zeit befristeten die noch vorhandenen „Schlammköpfe“, daß auch sie von dem Vooße betroffen werden, das jedem alten Arbeiter nach den ehernen Gesetzen zukommt, durch die die göttliche Weltordnung sich bis zum unvermeidlichen Zusammenbruch noch in den trübenden Fugen hält.“ Wenn den Unternehmern auch ein Vorwurf ob ihrer Herzlosigkeit mit Recht gemacht werden kann, so trifft ein ungleich größerer doch die Arbeiter selbst. Sie haben die Pflicht, welche jeder gewissenhafte und ordnungsliebende Arbeiter zu erfüllen hat, vernachlässigt; hätten sie sich einer Organisation angeschlossen und dafür gewirkt, daß die Macht derselben den Unternehmern einen heiligen Respekt eingeblößt hätte, würde daselbe ihre Entlassung nach so langjähriger anopfernder Thätigkeit nicht so kurzer Hand angeordnet haben. Die vorstehende Thatsache möge allen älteren Kollegen ein warnendes Exempel sein!

Die Uhrenfabrikanten in Grenchen (Kanton Solothurn) haben in ventaler Weise ihre Arbeiter ausgesperrt. Eine außerordentliche Gemeindeversammlung in Grenchen hat nun sich der Streikenden und Ausgesperrten angenommen und wurde ein Antrag des Gemeinderaths, wonach den hilfsbedürftigen, im Ausland befindlichen Uhrenarbeitern, sowie deren Angehörigen durch Verabfolgung einer kräftigen Mittagsuppe beizustehen sei, zum Beschluß erhoben. Die vom Gemeinderath vorgeschlagene 600 Frs. für wöchentliche Unterstützung wurden bewilligt. Ein Antrag von Seiten der Arbeiterchaft, wonach die Errichtung einer Uhrenfabrik durch die Gemeinde vorgesehen wird, geht an den Gemeinderath zurück, der einer nächsten stattfindenden Generalversammlung Bericht und Antrag bringen wird. Nun haben die wüthigen Uhrenfabrikanten und ihr Anhang gegen den Beschluß den Rekurs an die Regierung in Solothurn ergriffen. Die Herren wollen die Arbeiter um jeden Preis aushungern. — Von den Streikenden sind 454 verheirathet und 361 ledig; die Zahl der Kinder beträgt 787. Streikbrecher sind nicht vorhanden.

Ueber den fortschreitenden Arbeitsmangel gibt eine Statistik Aufschluß, welche der Verein der „Herberge zur Heimath“ in Nürnberg soeben veröffentlicht. Danach sind im Kalenderjahre 1894 auf der Herberge I 8701 Gäste in 20,412 Nachtquartieren und in der Herberge II 7058 Gäste in 17,781 Nachtquartieren, zusammen 15,753 Gäste in 38,193 Nachtquartieren beherbergt worden. Unter den 8902, welche während des Jahres 1894 in der Herberge I zugereist sind, befanden sich 944 Schloffer, 787 Arbeiter ohne bestimmtes Handwerk, 505 Schreiner, 440 Bäcker, 428 Schneider, 365 Schuhmacher, 302 Metzger, 314 Schmiede, 257 Glasner, 228 Maurer, 226 Maler, 202 Sattler, 179 Brauer, 151 Kaufleute, 133 Buchbinder, 131 Tapeziere, 125 Kellner, 120 Knechte, 117 Drechsler, 100 Gärtner, 102 Hafner, 96 Müller, 94 Dreher, 92 Wader, 87 Weber, 86 Steinbrücker, 85 Zimmerleute, 80 Kfiser, 76 Wagner, 75 Mechaniker, 72 Konditoren, 70 Hansburschen, je 69 Glaser, Gerber und Former, 57 Buchdrucker, 56 Bildhauer, 55 Glaser, 50 Färber, 42 Steinhaue, 41 Wärfenmacher, 39 Schriftseher und ebensovielen Steinmege, 35 Goldarbeiter, 34 Lackirer, 33 Kaminskehrer, 32 Kupferschmiede, ebensovielen Hornmacher, 35 Uhrmacher, je 27 Goldschläger, Glirler und Lächer, je 26 Schleferbeder und Kürschner, je 25 Metallbrücker und Anstreicher, 23 Schreiber, 20 Vergolder, je 19 Gutmacher, Stukkateure und Pinselmacher, je 18 Kutcher, Wofamentlere, Feilenhaue, Schleifer, 17 Metallschläger, 16 Messerschmiede, je 15 Selter, Rigarenmacher, Monteur, je 14 Sandler, Lithographen, Instrumentenmacher, Wachsenmacher, Auslanfer, je 13 Meldeue und Seifenseher, 12 Biegler, 11 Graveure, je 10 Kleistfabriker, Raummacher, Porzellandreher, je 9 Photographen und Seileute, je 8 Buchhalter, Schweiger, Glasmacher, Voltzer, Maschinenführer, je 7 Drahtzieher, Futteralmacher, Mäher, Köche, Dekonomen, Strumpfwirker, je 6 Strecker, Glasschleifer, Bleimacher, je 5 Rahmennacher, Handschuhmacher, Kesselschmiede, Maschinenbauer, Reißzeugmacher, Steindreher, Stuben-

ten, Schauspieler, Eisenwalzer, Metallschmieder, je 4 Schirmmacher, Gelbner, Spinner, Selzer, Blingmacher, Papiermacher, je 3 Weiler, Adler, Eisberarbeiter, Jäger, G. Bonseure, Kesselschmiede, Schriftsteller, Techniker, Porzellanmaler, Bleimacher, Bergleute, Spielzeuge, Metallbürsten, Wörter, Appreteure, je 2 Steinseher, Schäfer, Wollensmacher, Harmonikamacher, Keller, Transporteur, Steinseher, Einweiser, Spitzer, Schmitzer, Waizer, Maucher, Kufeger, endlich je 1 Mägenmacher, Bilgmauer, Wolfseher, Puyger, Naturrollenmacher, Seimnarist, Schmelter, Spannschneider, Keller, Vogler, W. Hirer, Kasser, Wandagil, Dekorateur, Konbuteur, Künstler, Korkeuschneider, Modelleur, Waternostermacher, Wehrer, Kupferdrucker, Wootsbauer, Wafenschmied, Architekt, Kfischer, Mohrleher, Blfense, Waffenschmied, Kfader, Offizier der Heilsarmee, Antiker, Puppenmacher, Müller, Seltensmacher, Perlmacher, Bräger, Drahtmacher, Gobler, Kolporteur, Holzhaue, Wankoffelmacher und Kartenbinder. — Eine noch höhere Frequenzziffer weisen die Leipziger Herbergen zur Heimath auf. Der Verkehr bezifferte sich im Jahre 1872 auf 4800 Wandernde mit 5325 Schlafnächten, nach zehn Jahren war der Verkehr ziemlich auf das Dreifache gestiegen: 11,866 Wandernde mit 18,171 Schlafnächten. Im Jahre 1894 verkehrten in Herberge I 18,004 Personen in 21,300 Nächten, in Herberge II 10,998 Personen in 20,474 Nächten, in Herberge III 4708 Personen in 8200 Nächten. Insgesamt fanden in den Herbergen im vorigen Jahre 28,770 Personen in 50,049 Nächten Aufnahme. — Welch prächtigen Anlaß bieten diese Zahlen den gutgesinnten Blättern, über das „Wagabondenthum“ und die „Arbeitslosen“ die Schale stiltlicher Enttäuschung anzuhaften!

Die erste Generalversammlung des Gewerksvereins „Grenzländer“ Bergarbeiter hat am 31. März in Offen stattgefunden. Bis jetzt sind bei der Centralstelle 4000 Mitglieder von 100 Anmeldestellen angemeldet worden. Von 82 Anmeldestellen sind bis jetzt noch keine Mitglieder bei der Centralstelle angemeldet. Für die Agitation haben 38 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Der Gewerksverein zählt 80 Ehrenmitglieder des geistlichen und weltlichen Standes. Der Vorsitzende trat in seinen Ausführungen für die Errichtung von Arbeiterkammern ein. Nach dem Massenbericht hat der Gewerksverein im Monat Januar M. 114,05, im Februar M. 580,85 und im März bis zum 30. März M. 668,85 eingenommen. Die Ausgaben vertheilen sich auf die Monate wie folgt: Januar M. 228,88, Februar M. 538,28 und März 667,17. Unter den Ausgaben befinden sich M. 800, welche bei der Sparkasse ähnlich angelegt sind. Das ganze Veruügen beläuft sich auf M. 855,65. Als Mitglieder des „Grenzländer“ wurden Pfarrer H. Weber, W. Gladbach, Kaufmann Vegeuik, Offen, Professor Fike und Fabrikbesitzer Weber-Werben gewählt. Die Ausgabe eines Verbandsorgans wurde abgelehnt.

Der Centralverband der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs hielt in Wrlitz seine Generalversammlung ab. 8745 Mitglieder wurden durch 47 Delegirte vertreten. Der Verband zählte am 15. Februar 88. 38. im Ganzen 1300 Mitglieder, von denen 555, die in 5 Ortsgruppen vertreten waren, ausgetreten sind, so daß der Verband 8745 ordentliche Mitglieder zählt. Während dieser Zeit wurden seitens des Verbandes 35 Agitationsversammlungen in verschiedenen Orten und 21 konstituirende und eine Generalversammlung abgehalten, außer einigen verbotenen. Ortsgruppen sind zur Gründung 58 angemeldet, von denen nur 21 konstituirte werden konnten, die erste am 2. Dezember 1894. Bei Punkt 3, Verlegung des Verbandsitzes, wurden Stimmen abgegeben für Pilsen 876, für Teplitz 195, für Wrlitz 1750. Somit bleibt Wrlitz Sitz des Verbandes. Weiter wurden folgende Anträge des Ausschusses zur Abstimmung gebracht und angenommen: 1. Der Antrag, wonach der Verband die Herausgabe der beiden Fachblätter „Glück auf“ und „Na zdar“ zu übernehmen und deren Abnahme für die Mitglieder obligatorisch einzuführen hat, mit 2087 gegen 938 Stimmen. 2. Der Antrag, wonach die Monatsbeiträge für je ein Mitglied auf 20 kr. erhöht werden sollen, mit 1536 gegen 1253 Stimmen. Auf Antrag des Kameraden Megele wurde beschlossen, daß in einer Kamille, welche mehrere Verbandsmitglieder zählt, nur ein Mitglied das Fachblatt abzunehmen verhalten wird, die übrigen aber nur den Verbandsbeitrag zu zahlen haben.

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist nun soeben die Nr. 7 des 5. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor: Ein Urtheil. — Die Märzfeier. — Bebel's Ausführungen im Reichstage über das Wahlrecht der Frauen. (Schluß.)

Eine Antwort. Von Clara Jettin. — Luisa Otto-Vetere 7. — Heuileton: Maria Stuart. Eine historische Skizze. Von Manfred Wittich. — Arbeiterinnen-Vereinigung. — Kleine Nachrichten. Di. „Wochenblatt“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S., durch die Post bezogen (eingetragener in der Reichspost-Zeitungssliste für 1898 unter Nr. 2748) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 S. unter Streifenband 35 S. Inhaberpreis des zweimonatlichen Heftes 20 S.

Von der „Neuen Welt“ (Stuttgart, J. P. W. Dieckmann Verlag) ist soeben das 28. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: — Einleitung zum „Kampf um die Arbeiterfrage“ in Frankreich 1848—1850, von Friedrich Engels. (Schluß.) — Die Arbeiterfrage und die Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. (Fortsetzung.) — Zur Arbeiterfrage in den Vereinigten Staaten. Von J. V. Franz. — Literarische Rundschau. — Notizen: Aus den Ergebnissen der schweizerischen Arbeiterkongresse. Die W. Lager in Italien. — Heuileton: Gewerkschaften. Von Edmund und Jules de Goncourt. Einzelne autorisierte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Der Verlag des „Völkischen Postboten“, Genosse W. Ernst, Wilmchen, theilt uns mit, daß gleich wie in den vergangenen Jahren, so auch in diesem die Nummer 9 des „Völkischen Postboten“ als Wochenschrift erscheinen wird. Diese Nummer wird sich wie die früheren durch erweiterten Umfang, wie durch hervorragende Ausstattung auszeichnen. Preis der Nummer wie gewöhnlich 10 S. Im Interesse der aufsehtigen prompten Lieferung bittet der Verlag um möglichst rasche Bestellung.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Bochensblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Eredition in Berlin SW, Dentschstraße 2). Die Nr. 15 vom 11. April hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Ein Nationalliberaler über Pressefreiheit. — Aus der Schweiz. — Englische Fabrikgeschichtsforschung. — Vom preussischen Volksschullehrer. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todestafel. — Vermischtes. — Die Lage in Belgien. — Der Sozialismus in Rußland 1894. — Großgrundbesitz und Kleinbauern im Weimarschen. — Wie man in England petitionirt. — Arbeiterorganisationen. — Aus unserer Presse. — Literarisches.

Das sozialpolitische Zentralblatt ist mit den Diätartern für soziale Praxis verschmolzen worden und erscheint vom 1. April ds. Js. als einheitliches Organ unter dem Namen Sozialpolitik, Zentralblatt für Sozialpolitik. Zugleich dient es als Organ des Verbandes deutscher Gewerbevereine. Herausgeber ist Dr. J. Jostrow und erscheint wie ehemals das Sozialpol. Zentralblatt jeden Montag in Carl Heymann's Verlag, Berlin, Mauernstr. 44. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postämter zum Preise von M. 2,50 vierteljährlich oder postfrei M. 2,90. Einzelnummer 80 S.

Zur Musikervereinfachung die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin, Dentschstr. 2, hat soeben in ihrem Verlage erschienen eine neue Theaterzeitung: Der entwirrte Spiegel. Eine Komödie in 2 Akten von G. W. Scabola. Preis 50 S., Porto 5 S. Als Rollen nötige 10 Exemplare M. 4,50, Porto 20 S. Wir können diese Komödie den Vereinen als leicht ausführbar und weil aus dem Leben der jüngsten Vergangenheit entnommen als ungemein wirksam bestens empfehlen. — In denselben Verlage ist ferner erschienen: Karl Marx' Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. 112 Seiten Oktav. Preis M. 1, Porto 10 S. Mit dieser Schrift, die ursprünglich unter dem Titel „1848—1850“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850) erschienen ist, unterbreiten wir der Öffentlichkeit eine meisterhafte Studie von Karl Marx, worin der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum ersten Male diese fruchtbarere Methode anwendet zur Aufhellung des Charakters der 1848er Revolutionsbewegung und der sie bedingenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte. Die Einleitung von Friedrich Engels zeichnet knapp und klar mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart die geschichtliche Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und — zur Umschulungsvorlage, die dazu bestimmt ist, das Erscheinen solcher Schriften unmöglich zu machen.

Vereins-Anzeigen.
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Altenburg. Sonnabend, 27. April, Versammlung im Räderkeller. L. D.

Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht des Delegierten von der Generalversammlung. Alt- und Jungverderber. Sonnabend, 20. April, halbe Nacht. Da das 1. Quartal zu Ende ist, werden die künftigen Mitglieder ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.
Duisburg. Sonnabend, 27. April, Abends 9 Uhr, im „Jägerhof“, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. — Sonntag, 8. Mai, Mühlener Spaziergang über Spreetal nach Grubitzsch. Sammelpunkt Nachm. halb 2 Uhr im „Jägerhof“. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Dresden. Sonnabend, 27. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung bei Müller. Tagesordnung im Lokal. — Da laut Beschluß der letzten Versammlung, die Zahlende und das Beitragsammeln eingestellt, so werden die restierenden Mitglieder ersucht, ihre Beiträge in der Versammlung zu entrichten.
Duisburg. Die Verbandsversammlungen finden jetzt nicht mehr bei Morel am Burgplatz, sondern bei Wwe. Breßler, Ruhrstraße, statt. Nächste Versammlung am 21. April, Abds. 7 Uhr; die folgenden alle 14 Tage. — Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß die Reiseunterstützung bei Wirt Heinrich Klipper, Klosterstraße, wofür sich auch die Herberge befindet, ausbezahlt wird.

Döbeln. Die Einzelmitglieder treffen sich nicht mehr Sonntag, sondern jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat Abends halb 9 Uhr. Sonnabend, 27. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Hempel, Neugasse.

Hildesheim. Samstag, 20. April, Abds. halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Schwarz, Schützenstr., Mitgliederversammlung. L. D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Die Taktik im wirtschaftlichen Kampfe. Diskussion. Erziehung der Ortsverwaltung. Antrag, betr. Anschluß an die neue Zentralherberge. Fragen und Verschiedenes. — Das frühere Verkehrslokal „Neue Welt“ ist boykottiert. Verkehrslokal ist jetzt Restaurant Schwarz, Schützen- und Gerresheimerstr. Nr. 14. Alle 14 Tage Samstags, Abends halb 9 Uhr, Versammlung. — Herberge jetzt bei Wirt Heßmann, Martinstr. in Wllk. — Reiseunterstützung jeden Abend von 8 bis 9 Uhr daselbst.

Hörlich. Montag, 20. April, Abends halb 9 Uhr, bei Sellmanns, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal.
Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 28. April, Abds. 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reiser, Hohe Bleichen 80.

Hamburg. Sonnabend, 27. April, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung daselbst.
Heidenheim. Samstag, 20. April, Abds. 8 Uhr, im „Strichaal“, vereinigte Gewerkschaftsversammlung.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 28. April, Abds. halb 9 Uhr, im „Gammulla-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen 80. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreicher wie bisher zu erscheinen. — Kassierer für Elbe ist jetzt W. Wilmshüter, Ribbikstraße 18, Haus c.

Hannover. Den Mitgliedern der Alg. Verwaltungsstelle zur Kenntnis, daß vor dem 28. April keine Mitgliederversammlung mehr stattfindet.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Bathof“, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. — Der Bevollmächtigte wohnt Kalenbergerstraße 45, I.; der Kassierer S. Jürgensen Bergstr. 4, p.

Hiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 28. April, Abds. 8 Uhr, in den „Zentralhallen“ (oberer Saal), Mitglieder-Versammlung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Generalversammlung. Abrechnung. Bericht vom Gewerkschaftsstell. Verschiedenes. — Die Restanten werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten, widrigenfalls sie verlesen werden.

Oberursel i. T. Samstag, 20. April, Abds. halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden dringend ersucht, wegen der Abrechnung, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — In der letzten Mitglieder-Versammlung wurde an Stelle des weggelassenen Bevollmächtigten W. Grimm, der Schlosser Alwin Schaubert, Markt 31, gewählt.

Pforzheim. Am 22. April, Abends 8 Uhr, im „Gasthaus zum gold. Löwen“, gemeinsame Mitglieder-Versammlung. L. D.: Abrechnung von der Abendunterhaltung. Wahl eines 2. Revisors (Schriftführer). Verschiedenes. — Die reisenden Mitglieder werden auf § 3 Abs. 6 aufmerksam gemacht.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Gläsermacher.) Am 27. April, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Rosbach. Sonnabend, 27. April, in der „Prinzenhall“, Versammlung. L. D.:

Verichterstattung von der 2. Generalversammlung. — Die Restanten werden auf das Statut aufmerksam gemacht.
Neustadt. Sonntag, 21. April, Vorm. von halb 10 Uhr an, im Lokal zum Verberber, Einzahlung.
Schwülz. Sonntag, den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die am 20. April ausgesagte Versammlung, am 27. April, Abds. halb 9 Uhr, stattfindet. Wegen wichtiger Tagesordnung, u. A.: Wahl eines Vorstehenden, wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle abzugeben.

Schwelm. Samstag, 20. April, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Schmölln. Sonntag, 21. April, Nachm. 3 Uhr, Versammlung bei Grels. L. D.: Vortrag von Gen. Max Vohr über: Die Entwicklung der modernen Produktionsweise

und der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter. Abrechnung vom 1. Quartal. Verschiedenes.
Stuttgart. (KdG.) Samstag, 20. April, Abds. 8 Uhr, Versammlung bei G. Weß, Rathenowstr. L. D.: Einzahlung und Aufnahme. Vortrag von Herrn Ingenieur B. Dödenbach, Gewerkschaftskommissionsbericht. Verschiedenes.
Tuttlingen. Samstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, findet bei Louis Storz (ob. Saal), Mitglieder-Versammlung statt. L. D. im Lokal.

Öffentl. Versammlungen.
Pinnen'scher Grund. Sonntag, den 28. April, Nachm. halb 3 Uhr, in Pöbler's Restaurant in Deuben, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L. D.: Verichterstattung von der Generalversammlung. Gewerkschaftliches. Erscheinen aller ist Pflicht.

Anzeigen.

Nachrufe.
Am 30. März verschied an den Folgen der Halschwindstucht unser Kollege, der Schlosser:
Karl Hillmann.
Wir verlieren in demselben ein eifriges Mitglied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Ortsverwaltung Hannover.

Durch einen unglücklichen Sturz vom Dache verschied unser Kollege und Mitglied, der Klempner:
Carl Voll.
Sein Andenken bleibt bei uns in Ehren.
Sektion der Klempner Hannover.

Am 2. April starb nach langem schweren Leiden an der Proletarierkrankheit im 85. Lebensjahre unser Kollege, der Schlosser:
Michael Zimmermann.
Wir verlieren an ihm einen langjährigen, treuen Kollegen und seine Familie einen treubeforgten Gatten und Vater. Ehre seinem Andenken!
Ortsverwaltung Gausstatt.

Der Drahtkünstler **Karl Pelt** aus Friedlingen, B.-Nr. 80-170, eingetretten in Löhlingen, und **Eberh. Maier**, Schmelz, B.-Nr. 80-488, eingetretten in Löhlingen, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, damit die Abrechnung vom 1. Quartal fertiggestellt werden kann. Auch hat der Schmelz Eberhard Maier ein Buch von der Bibliothek noch im Besitz, und wird derselbe gebeten, dasselbe der Ortsverwaltung abzugeben.
Ortsverw. Löhlingen.

Wir ersuchen alle diejenigen, welche den Aufenthalt des Schlossers **August Brohne** wissen, seine Adresse an die hiesige Ortsverwaltung gelangen zu lassen.
Ortsverw. Heidenheim.

Der Klempner **Eduard Pllikat** aus Guben, B.-Nr. 64976, wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse nach hier so bald wie möglich gelangen zu lassen, andernfalls andere Maßregeln gegen denselben ergriffen werden.
Ortsverw. Hagen i. W.

Albert Berthold, Goldschmied aus Gobbach, Buch Nr. 71459, wird um Angabe seiner Adresse ersucht.
Ortsverwaltung Pörsdorf.

Wir ersuchen das Mitglied **Jakob Toller** aus Bittshelm, Buch 60807, eingetretten am 27. August 1898 in Pirna, seinen Verpflichtungen so schnell wie möglich nachzukommen. Wir ersuchen auch die Ortsverwaltungen und Kollegen um gefl. Zusendung der Adresse des F.
Ortsverwaltung Schmölzn.

Ordentlicher **Feilenhausgehilfe** für Mittelorten (S.-Feilen) erhält sofort gute Stelle bei
Ernst Schaub,
Neuenhof bei Heintzsch.

Das Former-Pinsel-Versandgeschäft
von **H. Welland,**
Fürstentw. (Spreewald),
bringt seine vorzüglichsten Pinsel bei herabgesetzten Preisen in empfehlende Erinnerung.
Preislis.

I. Qualität in Kielon.
Nr. 8/0 2/0 0 1 2
à Dsh. M. 1,85 M. 2,50 M. 3,50.
Nr. 3 4 5 6
à Dsh. M. 4,25 M. 5,60 M. 8, M. 9,50.

II. Qualität in Zinkblech.
Nr. 1 2 3 4
à Dsh. M. 1,50 M. 2,10 M. 3, M. 3,70.
Nr. 5 6 7 8
à Dsh. M. 4,70 M. 5,80 M. 8, M. 9,20.

Nr. 9 10
à Dsh. M. 18, M. 15,60.
III. Qualität in Kielon.
Nr. 00 0 1 2
à Dsh. M. 1,05 M. 1,40 M. 2, M. 2,80.
Nr. 3 4 5 6
à Dsh. M. 3,40 M. 4,20 M. 6,80 M. 7.

Nr. 7 8
à Dsh. M. 10, M. 12.
IV. Qualität breit.
25 mm 35 mm 50 mm 65 mm
à Dsh. M. 4,20 M. 5, M. 7 M. 10.
80 mm 90 mm
à Dsh. M. 12 M. 15.

Scherm's Reise-Handbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit 8 Karten, geb. Mark 1,50. Durch J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wie allgemein bekannt, wurden die von der Erfurter Ausperrung betroffenen ca. 100 Arbeiter durch die Noth dazu gedrängt, eine

Genossenschaft für Schuhfabrikation

in's Leben zu rufen, um nicht eined zu Grunde zu geben. Um aber einen solchen Betrieb gegenüber der Konkurrenz zu erhalten, ist es notwendig, denselben mit allen technischen und maschinellen Betriebsmitteln auszustatten. Das ist mit Ausbeutung aller Kräfte geschehen und hat sich die Genossenschaft eine bedeutende Last auferlegt. Um nun die Arbeiter zu beschäftigen und das Unternehmen vorwärts zu bringen, ist ein großer Umsatz erforderlich, weshalb ich im Namen der Genossenschaft mich an alle Arbeiter und Arbeiterinnen wende, ihren Bedarf von der

Deutschen Schuhfabrik, Erfurt,

Urfelderstraße,

zu beziehen. Die Waare ist solb, elegant und preiswerth und kann mit jedem Fabrikat der Konkurrenz sich messen.

Willkäuerschäfte befinden sich in folgenden Orten: **Hannover**, Eggeling, Klagermarkt 7a; **Hamburg**, Köhler, Weßstraße 8a; **Bremen**, Lorenz, Dovenhostraße 25; **Braunschweig**, Th. Rogge, Höhe 4; **Böln**, Willmann, El. elstein 68; **München**, Dangullier, Sendlingerstr. 15; **Stangl**, Dachauerstraße; **Frankfurt a. M.**, Brühne, Siebfruchtstraße 26; **Berlin**, Bellealliancestraße 98/99, Rosenthalerstraße 63/64; **Magdeburg**, Meyer, Spiegelstraße.

Genossen und Genossinnen, unterstützt uns durch Kauf der Waaren nach Kräften. Mit kameradschaftlichem Gruß
J. W.: **W. Bock**, Geschäftsführer.